



Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
- Bücherei -

V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

25. Jahrgang · Heft 8

August 1973

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Grafik des Monats: Landeshaushalt 1973

Aufsätze:

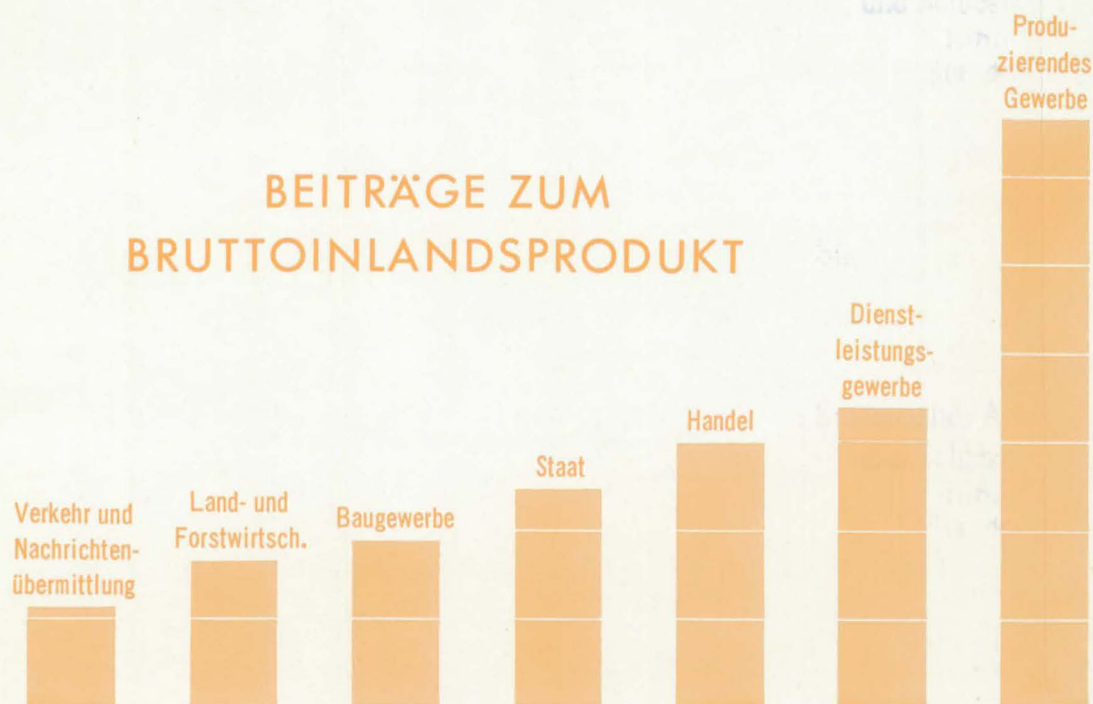
Berufspendler

Erbschaften und ihre Besteuerung

Ackerbau

Arbeitsverdienste

BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1972	1973	Veränderung in %
		Monatsdurchschnitt Januar bis Mai		
INDUSTRIE ¹				
Produktionsindex	1962 = 100	168	181	+ 8
Beschäftigte	1 000	187	186	- 0
Umsatz ²	Mill. DM	1 182	1 381	+ 17
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	22	23	+ 1
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT				
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	7,5	p 7,9	p + 6
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	2 686	2 511	- 7
HANDEL				
Ausfuhr	Mill. DM	207,9	273,5	+ 32
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	177,8	221,8	+ 25
VERKEHR				
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	8 945	9 508	+ 6
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)				
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962 = 100	105,1	119,0	+ 13
Grundstoffpreise ³	1962 = 100	106,9	116,3	+ 9
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte ³	1962 = 100	114,9	121,3	+ 6
landwirtschaftlicher Produkte ³	1961/63 = 100	108,5	123,4	+ 14
Lebenshaltung ⁴				
insgesamt	1962 = 100	135,5	145,5	+ 7
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	127,1	138,9	+ 9
GELD UND KREDIT				
Bestand am Monatsende				
kurzfristige Kredite ⁵	Mill. DM	4 164	4 648	+ 12
mittel- und langfristige Kredite ⁶	Mill. DM	14 347	16 365	+ 14
Spareinlagen	Mill. DM	6 648	7 382	+ 11
STEUERAUFKOMMEN				
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer ⁷	Mill. DM	93	100	+ 8
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	39	48	+ 23
Lohnsteuer	Mill. DM	120	146	+ 22
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	187	215	+ 15

- 1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke 2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer
3) ohne Umsatz (Mehrwert)steuer 4) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach Verbrauchsverhältnissen von 1962
5) an die Nichtbankenkundschaft 6) an die Nichtbankenkundschaft; einschließlich durchlaufender Kredite
7) einschließlich Einfuhrumsatzsteuer



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

25. Jahrgang · Heft 8

August 1973

Aktuelle Auslese



Wirtschaftliches Wachstum in den Kreisen

Nach längerer Zeit können wieder Angaben über das Bruttoinlandsprodukt in den Kreisen vorgelegt werden. Die Berechnungen,

die auch die Abschreibungen und indirekten Steuern abzüglich Subventionen berücksichtigen, beziehen sich auf die Jahre 1961, 1968 und 1970 und belegen damit die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Kreisen des Landes. Von 1961 bis 1970 ist das Bruttoinlandsprodukt des Landes durchschnittlich jährlich um 8,6 % gestiegen. Ganz erheblich über dieser Wachstumsrate und somit an der Spitze aller Kreise liegt der Kreis Segeberg mit 12,2 %, gefolgt vom Kreis Pinneberg mit 11,3 %. Über den Landesdurchschnitt kommt nur noch der Kreis Dithmarschen, der einen durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von 10,1 % verzeichnet, während die Kreise Flensburg-Land, Hsgt. Lauenburg und Rendsburg-Eckernförde genau die durchschnittliche Entwicklung aufweisen. Die niedrigste durchschnittliche jährliche Zuwachsrate hat der Kreis Stormarn mit 6,9 %, die allerdings mit auf das schon 1961 recht hohe Niveau zurückzuführen ist. Nur wenig besser sieht es für den Kreis Schleswig mit einer Rate von 7,3 % aus. Auch die kreisfreien Städte liegen merklich unter dem Durchschnitt, wobei Lübeck mit 8,0 % noch am besten abschneidet. Nähere Angaben – auch nach Wirtschaftsbereichen – sind im Statistischen Bericht PI 1 – 14 enthalten.

baut. Getreide- und Hackfruchtbau waren damit im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig. Der Anbau von "Handelsgewächsen" und Futterpflanzen wurde dagegen ausgedehnt.

Die Getreidefläche war in den letzten Jahren beständig angewachsen. Besonders bevorzugt wurde dabei der Winterweizen, dessen Anbaufläche allein im vorigen Jahr um 24 % ausgedehnt worden war. Hier sieht das diesjährige Bild deutlich anders aus. Die Winterweizenfläche ging um 7 %, die Gesamtweizenfläche sogar um 9 % auf nunmehr knapp 107 000 ha zurück. Auch die Roggenfläche ist mit 88 800 ha gegenüber dem Vorjahr um 5 % kleiner geworden. Kräftig zugenommen hat dagegen der Wintergerstenanbau. Hier ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Anbaufläche im Vorjahr durch Auswinterungsschäden stark dezimiert worden war. Im letzten Winter hat es dagegen kaum Auswinterung gegeben, so daß der Zuwachs besonders groß ausfällt. Auch der Haferanbau wurde nach dem vorjährigen starken Rückgang wieder leicht auf 97 000 ha ausgedehnt. Die Sommergetreidefläche wurde auch weiterhin eingeschränkt. Sie ist nunmehr um 64 % kleiner als im Mittel der letzten 6 Jahre. Zusammenfassend ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr bei den Brotgetreidearten ein Anbaurückgang um über 8 % und bei den Futtergetreidearten ein Flächenzuwachs um 2 %. Der Rapsanbau ist weiter auf nunmehr 58 000 ha verstärkt worden. Erneut eingeschränkt wurde die Kartoffelfläche; sie ist noch 9 750 ha groß.



Anbau auf dem Ackerland 1973

Nach den vorläufigen Ergebnissen der repräsentativen Bodennutzungshaupterhebung wurden 1973 in Schleswig-Holstein auf einer Ackerfläche von 651 000 ha u. a. knapp 427 000 ha Getreide (ohne Körnermais), 57 800 ha Hackfrüchte, 63 000 ha "Handelsgewächse" und 93 900 ha Futterpflanzen ange-



Mehr Rinder, weniger Schweine

Nach den Ergebnissen der repräsentativen Viehzwischenzählung waren Anfang Juni 1973 in Schleswig-Holstein 1,54 Mill. Rinder, 1,70 Mill. Schweine und knapp 178 000 Schafe vorhanden. Kräftigen Bestandsvergrößerungen bei Rindern und Schafen stehen damit weitere Einschränkungen in der Schweinehaltung gegenüber.

Räumliche Struktur der Berufspendler in Schleswig-Holstein

Der Aufsatz "Pendelwanderung in Schleswig-Holstein" brachte neben methodisch-statistischen Erläuterungen und Ausblicken auf die Entwicklung der Pendelwanderung in Schleswig-Holstein seit der Jahrhundertwende insbesondere Ausführungen über den allgemeinen Umfang und die Struktur der Pendler in Schleswig-Holstein, also Aussagen über die Alters- und Berufsstruktur, die benutzten Verkehrsmittel der Berufs- und Ausbildungspendler sowie einige Angaben über den durchschnittlichen Zeitaufwand für ihren Weg zu ihren Arbeitsstätten. Die regionale Verteilung der Pendler konnte in diesem Aufsatz noch nicht behandelt werden. Das soll jetzt nachgeholt werden.

Als wichtigstes Hilfsmittel wurde eine kartographische Darstellung "Berufspendler in Schleswig-Holstein" nach den Ergebnissen der Volkszählung am 27. Mai 1970 gefertigt. Sie wurde bereits als Grafik des Monats dem Aprilheft 1973 der Statistischen Monatshefte beigegeben¹. Wir hoffen, daß diese Darstellung geeignet ist, das Pendlergeschehen in seiner räumlichen Struktur transparent zu machen. Eine tabellarische Darstellung der Pendlerströme ist für diese Aufgabe nicht geeignet. Das menschliche Vorstellungsvermögen reicht nicht aus, um mit Hilfe eines umfangreichen Zahlenwerks räumliche Vorstellungen aufzubauen. Hier hilft die kartografische Darstellung weiter. Der Leser wird gebeten, die zweifarbige Pendlergrafik aus dem erwähnten Monatsheft zu nehmen und sie bei der Lektüre dieser Zeilen hinzuzuziehen. Leser, die noch im Besitze des Jahrbuchs Schleswig-Holstein 1963 sind, werden dort als Anlage eine nach gleichen grafischen Grundsätzen gestaltete Darstellung¹ über die Pendlerströme 1961 vorfinden, die ausreichend Möglichkeiten zu Vergleichen bietet. In verkleinerter Form ist diese kartografische Darstellung, allerdings ohne die Auspendler nach Hamburg, jedoch mit den Kreisgrenzen nach der Gebietsreform 1970, im Aprilheft 1970 "Die neuen Kreise im Spiegel der Statistik" zu finden.

Da es technisch und arbeitsmäßig unmöglich ist, alle Pendlerströme darzustellen, beschränkt sich die kartografische Darstellung auf die größeren Einpendlerzentren, und zwar auf die 76, in die mehr als 500 Berufspendler gehen. Außerdem sind nur die Pendlerströme dargestellt, die einen Umfang von mindestens 10 Personen haben. Auf diese Weise sind von den innerhalb und nach Schleswig-Holstein pendelnden Berufstätigen 168 000 dargestellt =

80%. Mit blauen Pfeilen sind die in die benachbarte Hansestadt Hamburg pendelnden Berufstätigen sichtbar gemacht. Da im Hamburger Randgebiet Ströme unter 10 Pendlern selten sind, erfaßt die Darstellung fast 100% der insgesamt 92 300 Hamburgpendler.

Eine oberflächliche Betrachtung zeigt deutlich die unterschiedliche Bedeutung der einzelnen Einpendlerzentren: die starke Anziehungskraft der Hansestadt Hamburg mit ihrem ausgedehnten Pendlerquellgebiet, das weite Teile der Nachbarkreise abdeckt, aber in nicht wenigen Einzelfällen hauptsächlich wohl qualifizierte Spezialkräfte auch aus weit entfernten Städten und Gemeinden, wie z. B. aus Kiel, Lübeck, Neumünster, Eutin und Heide anzieht.

Entscheidend für die Richtungen der Pendlerströme sind aber die auf unserer Karte dargestellten 76 wichtigsten Pendlerzentren, die die wesentlichen Zielorte der das ganze Land überdeckenden Pendlerströme darstellen. Das Bild würde sicherlich etwas anders aussehen, wenn für alle Gemeinden, in die Pendler hineingehen, auch die kleinen und kleinsten Ströme unter 10 gezeichnet worden wären. Es gibt nur 114 kleine schleswig-holsteinische Gemeinden, in die keine Arbeitskräfte von anderen Gemeinden kommen. Beherrscht und charakterisiert wird das Bild von den hier dargestellten Zentren, von denen sich wiederum 14 mit mehr als 3 000 Einpendlern hervorheben. In diese 14 größeren Pendlerzentren des Landes pendeln insgesamt 112 000 = 49% der 228 000 in schleswig-holsteinische Gemeinden einpendelnden Erwerbs-

Pendlerzentren mit 3 000 und mehr Berufseinpendlern 1970

Gemeinde	Einpendler		
	1961	1970	Zunahme in %
Kiel	21 434	28 088	23,7
Lübeck	12 411	15 238	18,6
Flensburg	5 894	10 623	44,5
Rendsburg, Stadt	6 500	8 855	26,6
Norderstedt, Stadt	2 073	6 743	69,3
Itzehoe, Stadt	4 396	6 580	33,2
Neumünster	4 082	5 551	26,5
Pinneberg, Stadt	4 521	5 460	17,2
Heide, Stadt	2 802	4 770	41,3
Elmshorn, Stadt	3 749	4 717	20,5
Husum, Stadt	2 436	4 208	42,1
Ahrensburg, Stadt	2 129	4 169	48,9
Schleswig, Stadt	2 064	3 713	44,4
Bad Segeberg, Stadt	1 758	3 011	41,6
Insgesamt	76 249	111 726	31,8
in % aller Einpendler in schleswig-holsteinischen Gemeinden	44,5	49,1	

¹) Da noch ein kleiner Restbestand zur Verfügung steht, können Interessenten ein Exemplar beim Statistischen Landesamt anfordern

tätigen (einschl. 17 100 aus Hamburg und Niedersachsen). 1961 waren es 45% aller Einpendler. Die Pendlerströme konzentrieren sich also zunehmend auf die größeren Gemeinden als Pendlerziele.

Der Blick auf die Karte zeigt, daß sich die Pendlergebiete in unserem Lande stark in ihrer räumlichen Struktur² unterscheiden. Wir finden Gebiete mit hoher Pendlerdichte und solche mit sehr schwachen Pendlerbeziehungen. Wir entdecken Räume, in denen die Ströme klar und einheitlich auf ein Zentrum ausgerichtet sind, während in anderen Landesteilen die Ströme gegeneinanderlaufen und auf den ersten Blick ungeordnet erscheinen.

Im Norden unseres Landes finden wir Pendlerräume, die nach der Terminologie von Klingbeil als typisch monozentrische Räume zu bezeichnen sind: "Um ein großes Einpendlerzentrum scharen sich eine Anzahl von kleineren Auspendlergemeinden. Das Einpendlerzentrum hat fast keine Auspendler. Die Richtung der Pendlerbewegung zielt ausschließlich auf das Zentrum. Da nur ein Zentrum vorhanden ist, besteht keine Konkurrenz. Mehrere monozentrische Pendlerräume stoßen aufeinander, ohne sich enger zu verzahnen." Es ist nicht schwer auf unserer Karte derartig strukturierte Pendlerräume zu erkennen. Ein gutes Beispiel ist hier der Raum Flensburg. Die Darstellung für das Jahr 1961 zeigt den Raum noch völlig isoliert zu seinen ebenfalls monozentrisch strukturierten Nachbarräumen. Zwischen diesen Räumen liegen fast pendlerfreie Streifen (hier muß allerdings die untere quantitative Begrenzung unserer Darstellung auf Ströme ab 10 Pendler, soweit sie in größere Zentren gehen, beachtet werden). Überschneidungen der Räume sind kaum zu erkennen. 1970 sind diese Pendlerströme in ihrem Umfang gewachsen, die annähernd pendlerfreien Streifen sind kleiner geworden, es verbleibt jedoch noch eine sichtbar verdünnte Zone zwischen den Zentren. Wir finden in dieser Zone nur wenige Gemeinden, von denen z.B. Pendler sowohl nach Flensburg wie auch nach Schleswig gehen. Die Zone, in der die Einpendlerzentren in Konkurrenz stehen, scheint recht schmal zu sein. Die Darstellung für 1970 zeigt gerade bei Flensburg sehr deutlich, daß die näher, vorwiegend innerhalb des Nahbereichs Flensburg liegenden Gemeinden größere Zahlen von Pendlern entsenden, während sich die Pendlerzahlen zur Peripherie dieses Raumes hin verringern.

2) In diesem Abschnitt wird weitgehend die von Detlev Klingbeil entwickelte Terminologie verwendet, siehe hierzu D. Klingbeil "Zur sozial-geografischen Theorie und Erfassung des täglichen Berufspendelns" in Geografische Zeitschrift 57 (1969, Heft 2, S. 108 - 131)

Als weiter größere monozentrische Räume unseres Landes erkennen wir u. a. Husum, Schleswig, Eckernförde sowie Kappeln und Marne.

Bei weiterer Betrachtung unserer Karte entdecken wir auch Räume, in deren Kern nicht eine Pendlergemeinde liegt, sondern mehrere, welche mehr oder weniger eng benachbart sind und die mehr oder weniger unterschiedliche Größen aufweisen. Z. B. wird der Raum des ehemaligen Kreises Südtondern durch die beiden 12 km voneinander entfernten Städte Niebüll und Leck beherrscht. Im wesentlichen Teil gehen die Ströme mehr in das Unterzentrum Niebüll - soweit nicht schon die Insel Sylt attraktiv wirkt -, im östlichen Teil weisen die Ströme mehr in das Unterzentrum Leck hin. Es gibt aber eine Konkurrenzzone, von der Pendler in starkem Umfange sowohl nach Niebüll als auch nach Leck gehen, z. B. Pendler aus den Gemeinden Klixbüll und Braderup und der Stadt Bredstedt.

In der Klingbeilschen Terminologie liegt hier ein "polyzentrischer Pendlerraum" vor: "Um mehrere eng zusammen liegende gleich große Einpendlerzentren scharen sich eine große Zahl kleinerer Auspendlergemeinden. Die gleich großen Einpendlerzentren haben nur wenige Auspendler, da sie funktionell ähnlich strukturiert sind Die Richtung des täglichen Pendelns ist durch mehrere Einpendlerzentren aufgespalten. In den angrenzenden Gebieten konkurrieren die Zentren besonders stark, in den anderen Bereichen ist die Zuordnung ziemlich eindeutig auf ein Zentrum ausgerichtet." Wenn man die Bedingungen "eng zusammenliegend" und insbesondere "gleich groß" nicht zu eng auslegt, finden wir neben Niebüll/Leck in unserem Lande auch noch weitere solcher Pendlerräume vor, z. B. Heide/Hemmingstedt/Meldorf, Oldenburg/Lensahn, Eutin/Malente, Bad Segeberg/Wahlstedt.

Auch darf man die vorsichtige Formulierung "ziemlich eindeutig auf ein Zentrum ausgerichtet" nicht überlesen. Die durch das Kraftfahrzeug erreichte hohe Mobilität der heutigen Pendler hindert sie nicht daran, an einem nahegelegenen Pendlerort vorbeizufahren, um weiter entfernt einen Arbeitsplatz auszufüllen. Der Raum, in dem die Zentren in Konkurrenz miteinander stehen, wächst mit zunehmender Beweglichkeit der Pendler. Die Überschneidungen der Gravitationszentren werden weiträumiger, wobei sie allerdings deutlich erkennbare Intensitätsunterschiede zeigen, die, wie uns scheint, mit unserer grafischen Darstellung gut sichtbar werden.

Vom polyzentrischen Raum ergibt sich leicht der Übergang zum "hierarchisch zentrierten

Pendlerraum": "Mehrere verschieden große Einpendlerzentren bilden einen hierarchisch zentrierten Pendlerraum . . . Hier (hat) der Auspendleranteil der Einpendlerzentren ein starkes Gewicht und führt zur hierarchischen Stufung des Raumes. Die Grenzen liegen dort, wo der Einfluß des obersten Zentrums noch wirksam ist. Abgesehen vom unmittelbaren Umland sind die Auspendlergemeinden in der Regel nicht einem Zentrum zugewandt. Innerhalb der maximalen Reichweite des größten Arbeitszentrums sind hier noch weitere Zentren wirksam".

Das typische Beispiel eines solchen Pendler- raumes in Norddeutschland ist das Gebiet um Hamburg. Nirgendwo in unserem Land ist die Pendlerdichte so groß, wie in den an Hamburg angrenzenden Kreisen. Die kartografische Darstellung zeigt für diesen Hamburger Raum ein fast unüberschaubares Gewirr von Strömen. Es ist daher auch vorgesehen, die Pendlerströme um Hamburg nochmals in einer kartografischen Spezial- darstellung größeren Maßstabes aufzuzeigen.

1970 wurden 92 300 Berufspendler gezählt, die nach Hamburg gehen. Das sind 9% aller in Schleswig-Holstein wohnenden Erwerbs- tätigen. Sie stellen für Hamburg ein beträcht- liches Kontingent an Arbeitskräften dar. In Hamburg arbeiteten 1970 945 000 Erwerbs- tätige, 14% davon waren Einpendler. $92\,300 = 9,8\%$ wohnten in schleswig-holsteinischen Gemeinden und $42\,000 = 4,5\%$ in Gemeinden des Landes Niedersachsen.

Andererseits gehen von den 828 000 in Hamburg wohnenden Erwerbstätigen

$15\,600 = 1,9\%$ nach Schleswig-Holstein und
rd. $2\,000 = 0,2\%$ nach Niedersachsen.

Mit diesen 92 300 Einpendlern aus Schleswig- Holstein stellt die Hansestadt das weitaus größte Pendlerziel für Schleswig-Holsteiner dar. Daneben fallen die nächst größeren in unserem Lande gelegenen Zielgemeinden mit ihren Einpendlerzahlen erheblich ab.

An den blauen Pfeilen unserer Darstellung ist gut abzulesen, wieweit die Anziehungskraft dieses Zentrums nach Schleswig-Holstein hineinreicht. In diesem Gebiet finden wir eine Vielzahl von Einpendlerzentren in einer räumlichen Verdichtung, wie wir sie sonst in keinem Landesteil Schleswig-Holsteins vor- finden. Diese Zentren liegen zwar im Kraftfeld der Hansestadt, bilden aber weitgehend selb- ständige Pole mit wachsender Anziehungskraft für Arbeitskräfte der Gemeinden ihres Um- landes und auch für solche aus Hamburg. Die Einpendlerzahlen von Hamburg nach Orten unseres Landes sind seit 1961 um 134% gestiegen.

Die nahe an Hamburg gelegenen schleswig- holsteinischen Gemeinden zeichnen sich durch einen hohen nach Hamburg gerichteten Aus- pendleranteil aus, z. B. Halstenbek und Barsbüttel, von deren dort wohnenden Erwerbs- tätigen 57% und 70% nach Hamburg pendeln.

Typisch für dieses Gebiet ist die vielfältige Überlagerung von Pendlerströmen, wie z. B. besonders im Raum Pinneberg, Uetersen, Elmshorn, Barmstedt. In den Raum der nach und von Hamburg laufenden Ströme sind die genannten Städte als selbständige Pendler- zentren eingebettet. Sie sind ihrerseits in beiden Richtungen mit Hamburg verbunden, tauschen aber auch in stärkerem Maße gegenseitig Pendler aus. Z. B. gehen aus der Stadt Pinneberg knapp 5 000 Erwerbstätige nach Hamburg, aus Hamburg kommen 750 nach Pinneberg und im Pinneberger Umland wohnen 4 300 Erwerbstätige, die in der Stadt arbeiten. Sie kommen insbesondere aus Rellingen (706), der Stadt Elmshorn (608), Uetersen (364) und aus Tornesch (332). Pinneberger Bürger gehen aber nicht nur in Hamburg zur Arbeit, 1 600 pendeln ihrerseits wieder in Orte des näheren und weiteren Umlands (z. B. u. a. nach Rellingen, Schenefeld, Uetersen).

Eine ähnliche Verzahnung finden wir um Elmshorn. Von Elmshorn pendeln nach Hamburg 3 370 Erwerbstätige und von Hamburg kommen nach Elmshorn 150 Pendler. Elmshorn nimmt aus seinem Umland 4 500 Einpendler auf und gibt rund 1 800 an seine Umland- gemeinden, darunter 600 an Pinneberg, ab. Insgesamt hat somit Pinneberg einen größeren Auspendlerüberschuß (- 1 000) als Elmshorn (- 600); hier ist die Anziehungskraft Hamburgs bereits schwächer.

An der Peripherie des Hamburger Pendler- raumes, z. T. unmittelbar an seiner Außen- grenze, finden wir eine Reihe von kleineren und mittleren Zentren, die zwar noch Pendlerbeziehung zu Hamburg aufweisen, aber ihrerseits für ihre Umlandgemeinden als eigenständiges Zentrum Bedeutung haben. Das sind z. B. Lauenburg/Elbe, Schwarzenbek, Mölln; im Kräftefeld von Lübeck, Bad Oldesloe und Reinfeld, ferner auch Bad Bramstedt.

In der hier verwendeten Terminologie handelt es sich um "periphere Zentren". Sie "sind über ihre Auspendler lockerer an das Haupt- bzw. übergeordnete Zentrum gebunden. Wesentliches Merkmal ist der eigenständige Einzugsbereich, d. h. unter den Auspendlern vieler Umlandgemeinden dominiert das peri- phere Zentrum"³⁾.

3) Klingbeil, a. a. O. S. 128

Noch nicht angesprochen sind bisher die Oberzentren Kiel, Lübeck, Neumünster und Rendsburg. Gemeinsam sind ihnen untergeordnete Zentren in unmittelbarer Nähe, zum Teil als Grenznachbarn, die weitgehend von ihnen beeinflusst sind. Für Kiel sind es besonders Kronshagen und Heikendorf, für Rendsburg die Gemeinde Büdelsdorf, für Lübeck besonders die Stadt Bad Schwartau. Im Einzugsbereich von Neumünster finden wir Boostedt, Bordesholm und Nortorf. Alle drei stellen eigenständige kleine Zentren dar, befinden sich im Arbeitskräfteaustausch vorwiegend mit Neumünster, aber auch mit den großen Zentren Kiel und Rendsburg.

Die Kiel und Rendsburg untergeordneten Einpendlergemeinden sollten uns nicht daran hindern, die sie umgebenden Pendlerräume als weitgehend "monozentrisch" zu bezeichnen. Es sei aber an dieser Stelle an die Ausführungen erinnert, die im ersten Pendleraufsatz⁴ über das Konzept "Überschreiten der Gemeindegrenze" gemacht wurden. Historische Zufälligkeiten der Eingemeindungspolitik und Grenzziehungen dürfen nicht überbewertet werden.

Die Gemeindegrenze nach Kronshagen überschreiten immerhin fast 1 000 Einpendler, davon rund 650 aus Kiel. Es gehen aber 2 800 Berufspendler aus Kronshagen in die benachbarte Fördestadt. Es ist als "untergeordnetes Zentrum" in unmittelbarer Nähe des eigentlichen Hauptzentrums hierarchisch und funktionell in den intensiv auf Kiel ausgerichteten Raum eingegliedert.

Preetz, fast an der Peripherie des Kieler Pendlerraumes liegend, hebt sich zwar mit einer stark nach Kiel gerichteten Auspendlerquote heraus, gibt aber doch mit seinen mehr als 1 000 Einpendlern einen Hinweis auf die eigenständige Bedeutung für sein Umland. Auch Heikendorf ist hierarchisch in den Kieler Raum eingegliedert. Auch hier weist die zunehmende Einpendlerzahl 1961: 348, 1970: 561 auf wachsende eigenständige Funktionen, z. T. auch für die anliegenden Gemeinden, hin.

Die Pendlerstruktur des Rendsburger Umlandes wird stark durch die Gemeinde Büdelsdorf bestimmt, die mit einem großen Industriewerk einen Anziehungspunkt für die umliegenden Gemeinden darstellt, aber andererseits auch mit Rendsburg stark verflochten ist. Nach Büdelsdorf pendeln insgesamt 1 500 Berufstätige, davon kommt die Hälfte aus Rendsburg. 1 700 Einpendler pendeln täglich von hier nach Rendsburg.

Der Pendlerraum Lübeck ist durch die Zonen-
grenze und seine Küstenlage einseitig bestimmt

und beengt. Gut 15 000 Einpendler gehen über die Grenzen der flächengrößten kreisfreien Stadt unseres Landes. 5 000 sind erwerbstätige Auspendler. Davon gehen allein 2 200 nach Hamburg und fast 1 000 nach Bad Schwartau, dem Sitz eines großen Unternehmens der Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Auffallend ist die hervorstechende Bedeutung der Auspendler aus dem Kreis Ostholstein für Lübeck. Von den 15 200 Einpendlern nach Lübeck kommen allein zwei Drittel über die lange gemeinsame Grenze aus diesem Kreis. Aus den weiteren, die Kreisgrenzen berührenden Kreisen Hztg. Lauenburg und Stormarn stammen insgesamt nur ein Viertel der Einpendler in die Hansestadt.

Zwischengemeindliche Pendlerverflechtung

Mit den beiden ersten grafischen Darstellungen wird versucht zu zeigen, in welchem Umfang aus schleswig-holsteinischen Gemeinden Berufstätige als Auspendler in Arbeitsstätten anderer Gemeinden gehen und als Einpendler aus anderen Gemeinden kommen.

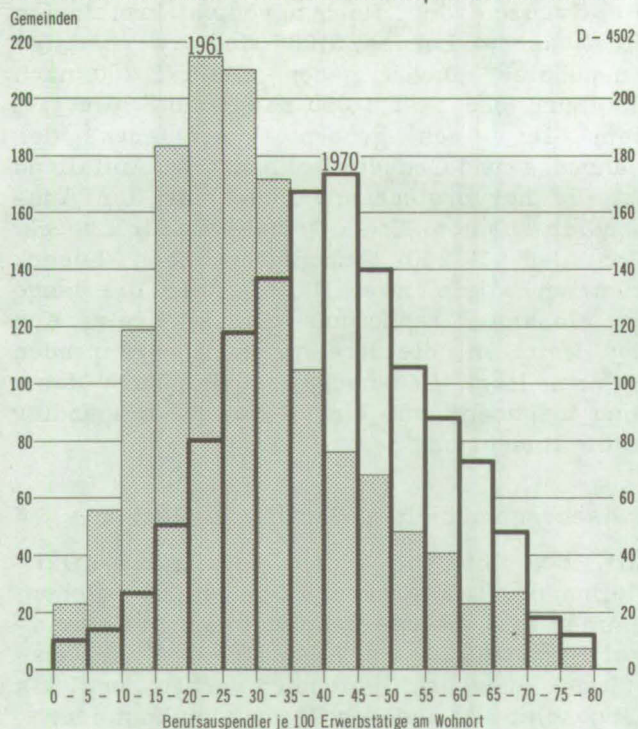
Die kartografische Darstellung aus dem Aprilheft macht deutlich, daß die Pendlerbeziehungen das ganze Land überdecken. In verschiedenen Gebieten, insbesondere im Umland Hamburgs und im Einzugsbereich der meisten größeren Städte, wird in verschiedenen Richtungen gependelt. Mit Ausnahme von 7 Inselgemeinden in der Nordsee und einer weiteren Gemeinde gibt es selbst in den agrarischen Gebieten unseres Landes sonst keine Gemeinde, die nicht Arbeitskräfte an andere abgibt.

Das erste Bild gibt einen Überblick über die Häufigkeit des Vorkommens von Gemeinden mit kleinem bis großem Anteil von Berufsauspendlern an der Zahl der am Ort wohnenden Erwerbspersonen. Sie zeigt also, wie viele Gemeinden unabhängig von ihrer Größe jeweils x % Berufsauspendler der am Ort lebenden Erwerbspersonen (1961) bzw. Erwerbstätigen (1970) aufzuweisen haben, wobei zu Zwecken des Vergleichs die Ergebnisse des Jahres 1961 denen des Jahres 1970 gegenübergestellt sind.

Die Säulen links vom Maximum entsprechen den vorkommenden Gemeinden mit niedrigem Anteil von Auspendlern. Ganz zu Anfang finden wir insbesondere die kreisfreien Städte, einen Teil der Zentralorte der monozentrischen Pendlerräume, aber auch kleinere Gemeinden mit besonders schwacher oder überhaupt keiner Pendlerverflechtung zu ihrem Umland. Dazu gehören als Besonderheit unseres Landes die Inselgemeinden Helgoland, Hooe, Gröde, Langeness und Pellworm, die ohne jede Pendlerbeziehung sind.

4) siehe in dieser Zeitschrift 1972, S. 192 (September/Okttober)

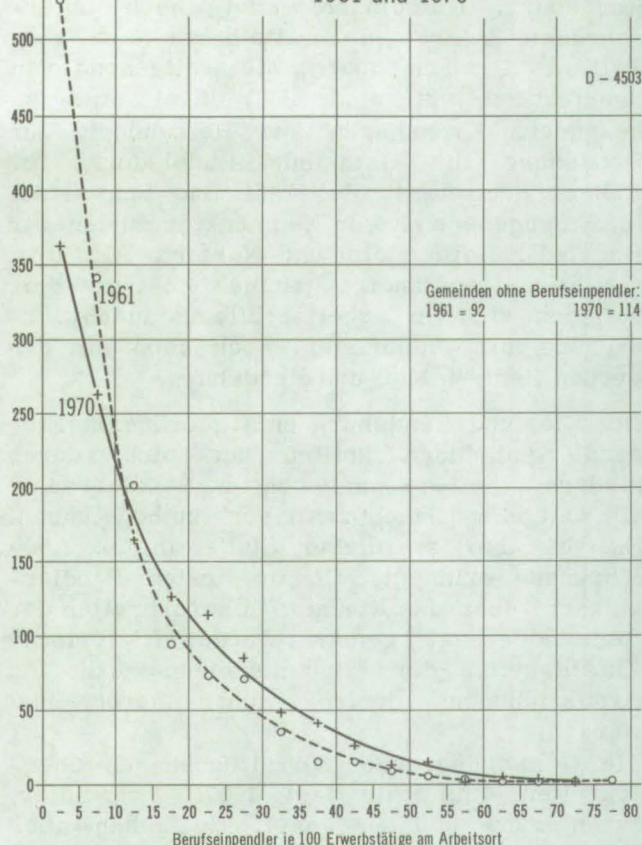
Gemeinden nach ihrem Anteil der Berufsauspendler 1961 und 1970



Die Säulen rechts vom Maximum stehen für die Gemeinden mit hohem Anteil von Berufsauspendlern. Rechts außen handelt es sich um Gemeinden in unmittelbarer Nähe eines einflußreichen Oberzentrums wie Hamburg, z. B. die Gemeinde Bünningstedt mit 80% Auspendlern, davon 58% nach Hamburg und die Gemeinde Hoisdüttel mit 79% Auspendlern, davon 94% nach Hamburg und 5% nach Ahrensburg. Wir finden an dieser Stelle auch die nach Kiel orientierten Gemeinden Klausdorf (79%), Mönkeberg (79%) und Kronshagen mit 73% Auspendlern sowie die Nachbargemeinden von Itzehoe: Oelixdorf mit 76% und Heiligenstedtenerkamp mit 77% Auspendlern.

Betrachten wir nunmehr die beiden Teile der ersten Grafik für 1961 und 1970 und versuchen, uns über das unterschiedlich häufige Vorkommen von Gemeinden mit niedrigen und hohen Auspendleranteilen ein Bild zu machen. Die Darstellung des Jahres 1961 zeigt eine sogenannte "linksschiefe" Verteilung, d.h. die Gruppen mit den meisten Gemeinden, also mit 15-30% Auspendlern, liegen deutlich links von der Mitte. Gemeinden mit mittleren Prozentsätzen (um 40%) sind deutlich seltener. Die Kurve läuft bei etwa 80% aus. Ein ganz anderes Bild ergibt die Darstellung nach der 70er Zählung. Die Verteilung der Werte ist hier fast symmetrisch. Das Maximum finden wir um 40%. Es gibt im Jahre 1970 also weniger Gemeinden mit geringen und mehr Gemeinden mit namhaften Auspendleranteilen als 9 Jahre davor.

Gemeinden nach ihrem Anteil der Berufseinpender 1961 und 1970



Im Gegensatz zum ersten zeigt das zweite Bild Häufigkeiten von Gemeinden mit mehr oder weniger großem Anteil von Einpendlern. Hier entsteht eine ganz andere Anordnung der Häufigkeiten, die etwa die Form einer Hyperbel annimmt. Links befinden sich zahlreiche Gemeinden, die keinerlei Einpendler oder nur sehr kleine Anteile aufzuweisen haben. Es sind dies überwiegend die kleinen Gemeinden mit negativen Pendlersalden, also gerade jene, aus denen die Pendler in die größeren Zentren gehen. Die Kurve fällt nach rechts rasch ab und enthält in dem Bereich um etwa 15 bis 20% die größeren Pendlerzentren, wie z.B. die kreisfreien Städte und Kreisstädte. Ganz rechts entdecken wir einige wenige Gemeinden mit Anteilen von mehr als 50% Berufseinpendlern. Es sind vorwiegend Sonderfälle, Gemeinden, deren Produktionsstruktur oft durch einen oder wenige größere Betriebe bestimmt ist.

Vergleicht man die Verteilung für 1961 mit der von 1970, so kann man für 1970 eine Verlagerung nach rechts erkennen, d. h. es gibt weniger Gemeinden mit niedrigem Anteil von Einpendlern, aber mehr Gemeinden mit einem höheren Anteil. Z. B. hatten 1961 23% der Gemeinden einen Einpendleranteil von mehr als 15%, 1970 waren dies 38%. Die

Entwicklung führte zu mehr Zentren mit höheren Einpendleranteilen.

Die Darstellung macht deutlich, daß heute mehr Gemeinden wirtschaftlich von ihren Einpendlern abhängig sind als früher. Der Austausch von Arbeitskräften von Gemeinde zu Gemeinde ist intensiver geworden. Alle Gemeinden sind zwar Wohnorte für die am Ort arbeitenden Arbeitskräfte, 90% sind aber auch Zielorte für Einpendler, die in der Nachbarschaft oder im weiteren Umland ihren Wohnsitz haben.

Das 3. Bild enthält im Unterschied zu den ersten beiden Grafiken alle Gemeinden und bringt sie über das Merkmal "Pendlersaldo" in einem durchgehenden Zusammenhang. Diese Grafik zeigt, wieviel Gemeinden einen positiven (mehr hinein als heraus) oder negativen Pendlersaldo in welcher Größe haben.

Am Beispiel der Stadt Kiel sei dies für ein Zentrum mit positivem Pendlersaldo verdeutlicht und die Stadt Norderstedt gelte als Beispiel für eine Gemeinde mit negativem Pendlersaldo.

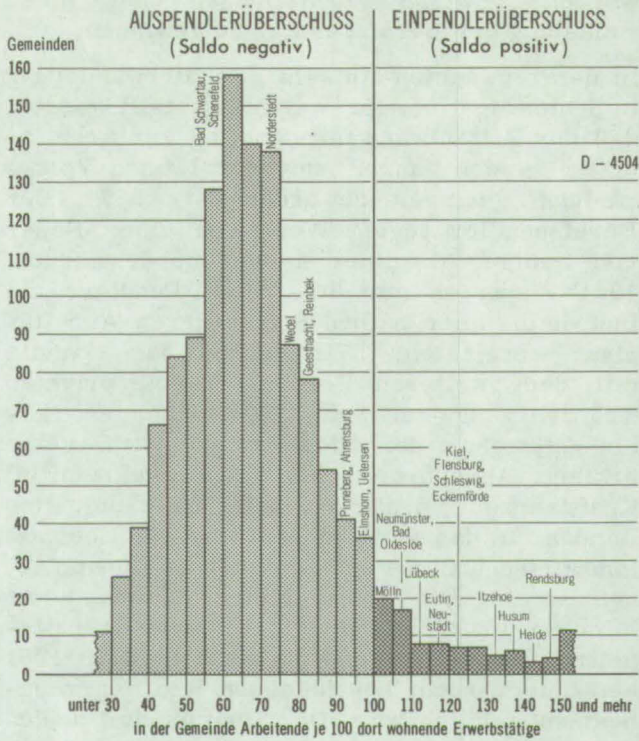
	Kiel	Norderstedt
Erwerbstätige am Wohnort	114 553	24 761
Berufseinpender	28 088	6 743
Berufsauspendler	3 665	14 042
Pendlersaldo	+ 24 423	- 7 299
Erwerbstätige am Arbeitsort	138 976	17 462
in % der Erwerbstätigen am Wohnort	121	71

Dieser letzte Wert (in der Gemeinde Arbeitende in % der dort wohnenden Erwerbstätigen) ist der Skala der dritten Grafik zugrundegelegt. Auf der rechten Seite der Grafik ist die Zahl der Gemeinden dargestellt, die positive Pendlersalden haben, während auf der linken Seite die Gemeinden mit negativem Pendler-saldo erscheinen.

Der größte Teil der Gemeinden (92%) hat, wie zu erwarten, einen negativen Pendlersaldo. Sie sind auf der linken Seite der Grafik dargestellt (unter 100%). Auf der rechten Seite finden wir gut 100 Gemeinden mit einem positiven Pendlersaldo (100% und mehr). Hierzu gehören selbstverständlich die kreisfreien Städte und andere größere Gemeinden des Landes. Von den 24 Gemeinden mit mehr als 15 000 Einwohnern haben 14 einen positiven und 10 einen negativen Pendlersaldo. 9 hiervon befanden sich im Einzugsbereich Hamburgs, die zehnte Gemeinde ist Bad Schwartau.

Die Kurve setzt auf der linken Seite bei 21%, 23% und 27% ein, es sind dies die Gemeinden Brunsmark, Bünningstedt und Sehmsdorf. Diese Gemeinden wie auch die übrigen in diesem Bereich haben eine niedrige Zahl von

Die Gemeinden nach ihrem Berufspendlersaldo 1970



Erwerbstätigen am Arbeitsort - vorwiegend in Betrieben der Nahversorgung -, aber verhältnismäßig hohe Auspendlerzahlen in ihre großen nachbarlichen Zentren, wie Mölln für Brunsmark, Hamburg für Bünningstedt, Bad Oldesloe für Sehmsdorf, Elmshorn und Hamburg für Heidgraben und Klein-Nordende.

Am anderen Ende der Skala steht die Gemeinde Bannesdorf mit 258 Erwerbstätigen am Arbeitsort je 100 Erwerbstätige am Wohnort. Hier ist der Attraktionspunkt der Fährhafen Puttgarden mit Dienststellen der Bundesbahn, des Verkehrs- und Fremdenverkehrsgewerbes. Es folgt dann die Gemeinde Jagel mit ihrem Flugplatz sowie einige Gemeinden mit im Vergleich zur Einwohnerzahl relativ großen Betrieben, vorwiegend aus dem Bereich der Nahrungsmittelindustrie.

Zurückgelegte Strecken und Wegezeiten der Pendler

Bei der Betrachtung unserer kartografischen Darstellung sollte man einmal versuchen, sich möglichst konkret die Vorgänge deutlich zu machen, die hier durch die schwarzen und blauen Pfeile nur angedeutet werden können: an jedem Werktag begeben sich Hunderttausende auf den Weg zu ihrer Arbeitsstätte, besteigen öffentliche oder private Verkehrsmittel, legen Wegestrecken zurück und wenden dabei Zeit, oft sehr viel Zeit, auf. Einen großen Teil der Aktivitäten der Pendler und nicht unbeachtliche Kosten absorbiert der Weg zur Arbeitsstätte.

Deshalb soll der Versuch unternommen werden, gewisse Vorstellungen über diese Belastung der Berufspendler zu gewinnen.

In dem erwähnten Aufsatz "Pendlerwanderung in Schleswig-Holstein" war festgestellt worden, daß der Zeitaufwand für den Weg zur Arbeitsstätte in den Jahren seit der letzten Volkszählung geringer geworden ist. 53% aller Berufspendler legen Wege von einer Dauer von weniger als einer halben Stunde zurück. 1961 waren es nur 34% aller Pendler, die innerhalb einer halben Stunde ihren Arbeitsplatz erreichten. Wir haben das damals mit dem weiteren Vordringen des privaten Kraftfahrzeugs und der Erhöhung der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verkehrsnetze erklärt. Andererseits hat das Verkehrsmittel Kraftfahrzeug praktisch alle Teilräume des Landes für das Pendeln erschlossen. Ehemals landwirtschaftliche Arbeitskräfte in ihren z. T. sehr entlegenen Wohngebieten können heute leichter in nichtlandwirtschaftliche Arbeitsplätze vermittelt werden, als dies noch 1961 bei einem recht bescheidenen Kraftfahrzeugbestand möglich war. Das Studium der beiden kartografischen Darstellungen zeigt, daß die Pendlerräume offensichtlich größer geworden sind, daß damit aber auch die Zonen der gegenseitigen Überlappung, also die Gebiete, in denen zwei oder mehrere Pendlerzentren in Konkurrenz miteinander stehen, verbreitert wurden.

Die Berufsauspendler nach dem Zeitaufwand für ihren Weg zur Arbeitsstätte

KREISFREIE STADT Kreis	Berufsauspendler	davon mit einer Wegezeit von ... in %			
		unter 15 Min.	15-30 Min.	30-60 Min.	60 Min. u. mehr
FLensburg	1 564	22,0	44,5	23,1	10,4
KIEL	3 665	9,2	28,0	38,2	24,5
LÜBECK	5 072	4,3	19,2	30,5	46,0
NEUMÜNSTER	2 892	3,3	21,8	38,4	36,5
Dithmarschen	14 266	25,4	45,3	20,6	8,7
Flensburg-Land	12 338	20,3	49,7	25,9	4,2
Hzgt. Lauenburg	24 018	11,0	34,0	34,3	20,7
Nordfriesland	14 364	30,0	45,7	18,1	6,2
Ostholstein	23 474	17,3	48,3	25,6	8,8
Pinneberg	49 864	12,1	31,1	37,8	19,0
Plön	19 825	12,7	39,7	38,4	9,3
Rendsburg-Eckernförde	35 756	18,0	48,0	27,9	6,1
Schleswig	10 539	23,6	43,0	25,6	7,8
Segeberg	32 056	11,7	31,5	39,6	17,2
Steinburg	16 646	20,1	45,2	20,7	13,9
Stormarn	36 728	10,0	29,3	43,1	17,6
Schleswig-Holstein	303 067	15,3	38,1	32,5	14,1

Die vorstehende Tabelle gibt nicht nur einen Überblick über die Verteilung der Auspendler auf die Kreise unseres Landes, sondern läßt auch deutliche Unterschiede in der Dauer der

Wegezeiten in den verschiedenen Landesteilen erkennen.

Durch überdurchschnittlich lange Wegezeiten (mehr als 50% benötigen länger als 30 Minuten) der Auspendler fallen folgende Kreise auf:

Anteil der Wegezeiten über 30 Minuten

Lübeck	76,5 %
Neumünster	74,9 %
Kiel	62,7 %
Stormarn	60,7 %
Segeberg	56,8 %
Pinneberg	56,8 %
Hzgt. Lauenburg	55,0 %

Die langen Wegezeiten der Pendler aus Lübeck werden stark beeinflußt durch die rund 2 200 Pendler nach Hamburg. 46% aller Auspendler haben Wegezeiten über eine Stunde! Die langen Wegezeiten der Auspendler aus Neumünster werden besonders durch die 644 Pendler nach Hamburg und durch die mehr als 800 Pendler nach Kiel beeinflußt. Bei Kiel sind es verschiedene Zielgemeinden mit mittlerer und weiterer Entfernung - darunter über 300 nach Hamburg -, die bei rund einem Viertel aller Auspendler Wegezeiten über eine Stunde verursachen.

Die drei kreisfreien Städte Lübeck, Kiel und Neumünster nehmen in der Darstellung der Wegezeiten ihrer Auspendler eine Sonderstellung ein. Man muß davon ausgehen, daß sie recht wenig Auspendler aufweisen; es sind Städte mit großem Einpendlerüberschuß. Es ist aber doch erstaunlich, daß Städte mit so großem Arbeitsplatzangebot überhaupt Auspendler aufzuweisen haben. Hier gibt es eine nicht unbedeutende Fluktuation über die Stadtgrenzen in die anliegenden Gemeinden - kurze Wegezeiten - als Zeichen der wirtschaftlichen Verflechtung mit dem Umland. Es gibt aber auch Pendler in weit entfernte Ziele, wie z. B. nach Hamburg. Bei diesen hier besonders interessierenden Pendlern mit langen Wegezeiten dürften sehr individuelle und verschiedenartige Gründe und Sonderfälle vorliegen, die die langen Wege rechtfertigen. Wegen der peripheren Lage Flensburgs scheint diese Art von Pendlern dort relativ selten zu sein.

Bei den vier weiteren Kreisen mit überdurchschnittlich langen Wegezeiten handelt es sich um die vier Hamburger Randkreise. Mehr als 26 000 Pendler aus diesen Kreisen benötigen für ihren Arbeitsweg länger als eine Stunde! Attraktive Arbeitsplätze einerseits, besonders in der benachbarten Hansestadt und andererseits vorteilhafte Wohnungen, Eigenheime in guter landschaftlicher Lage in Schleswig-Holstein, lassen besonders in

diesem Raum eine recht große Zahl von Erwerbstätigen lange Wegezeiten in Kauf nehmen. Überlastete Verkehrsnetze in den Stoßzeiten des Berufsverkehrs verlängern darüber hinaus die Wegezeiten über Gebühr, so daß die Schwelle von einer Stunde Wegezeit häufig überschritten wird.

Die kürzesten Wegezeiten - 70% und mehr der Auspendler benötigen für ihren Weg zur Arbeitsstätte weniger als eine halbe Stunde - finden wir in den Kreisen, die zu den stärker agrarisch strukturierten des Landes gehören.

Anteil der Berufspendler
mit Wegezeiten unter 30 Minuten

Nordfriesland	75,7 %
Dithmarschen	70,7 %
Flensburg-Land	70,0 %

Über die Gründe, die zu diesen relativ wenig zeitaufwendigen Arbeitswegen führen, können aus dem statistischen Material keine Anhaltspunkte gewonnen werden. Sicherlich gibt es hierfür eine Vielzahl. Die Karte sagt uns, daß die Pendlerregionen mit der Größe und Bedeutung ihres Zentrums korrelieren. Je größer und wichtiger das Zentrum, um so mehr attraktive Arbeitsplätze werden dort angeboten, um so häufiger werden lange Pendlerwege in Kauf genommen - um so weitflächiger wird die Region. Das beste Beispiel ist hier das schon erwähnte Hamburger Einzugsgebiet, aber auch die Regionen Kiel und Flensburg demonstrieren diese Zusammenhänge. Dagegen finden wir in den mehr agrarisch strukturierten Gebieten recht kleine Pendlerräume (z. B. Eckernförde, Husum, Kappeln) mit entsprechend kürzeren und schneller zurückzulegenden Wegen.

Der Zeitaufwand für das Zurücklegen einer Strecke ist nicht nur von der Entfernung, sondern von der Geschwindigkeit, mit der die Strecke befahren wird, abhängig. Nun, in unserem nördlichen Landesteil ist das Straßennetz noch nicht so belastet wie z. B. in den Hamburger Nachbarkreisen. Öffentliche Verkehrsmittel und Personenkraftwagen kommen z. B. im Kreis Flensburg-Land schneller voran als im Ballungsgebiet um Hamburg. In den kleinen Pendlerzentren gibt es auch kaum lange Wege im Stadtverkehr, die die Wegezeiten der Pendler in Großstädte häufig so stark verlängern.

Welche Entfernungen von Pendlern zurückgelegt werden, haben wir einmal etwas näher an den Beispielen Flensburg und Kiel untersucht. An Hand der Karte haben wir überschlägig ermittelt, wie lang von jeder Auspendlergemeinde der Weg zum Stadtzentrum ist. Ausgehend von der jeweiligen Zahl der Einpendler, konnten wir die Zahl der ins-

Berufseinpender nach Flensburg und Kiel
nach den zurückgelegten Wegestrecken 1961 und 1970

Einfache Entfernung Wohngemeinde Stadtzentrum in km	Berufspendler in 1 000		Ver- änderung 1970 gegenüber 1961 in %	Summe der täglichen Hin- und Rückwege in km. in 1 000	
	1961	1970		1961	1970
Flensburg					
unter 5	1,9	2,0	+ 4	14,5	15,1
5 - 9	1,1	1,9	+ 74	14,4	25,4
10 - 14	1,5	2,8	+ 90	32,6	63,0
15 - 19	0,9	1,7	+ 91	29,4	56,7
20 - 24	0,3	0,7	+ 125	14,3	32,0
25 - 29	0,2	0,4	+ 139	8,2	19,3
30 und mehr	0,3	0,7	+ 169	19,2	53,6
Zusammen	6,1	10,2	+ 67	132,6	265,1
Zurückgelegte km pro Pendler und Tag				21,7	26,0
Kiel					
unter 5	2,9	2,8	- 3	24,7	24,0
5 - 9	8,5	11,6	+ 36	125,4	175,8
10 - 14	4,0	5,0	+ 27	99,5	125,9
15 - 19	2,8	3,6	+ 31	92,8	122,0
20 - 24	0,4	0,6	+ 69	15,2	25,8
25 - 29	1,4	2,1	+ 51	75,3	113,4
30 und mehr	0,6	1,1	+ 78	48,4	96,5
Zusammen	20,5	26,9	+ 31	481,4	683,4
Zurückgelegte km pro Pendler und Tag				23,4	25,4

gesamt von allen 1961 und 1970 nach Flensburg und Kiel einpendelnden Berufstätigen zurückgelegten km errechnen.

Die Tabelle zeigt sehr deutlich die zwischen den beiden Zensusjahren eingetretenen Veränderungen. 1961 legten die 6 100 nach Flensburg einpendelnden Erwerbspersonen täglich in beiden Richtungen rund 133 000 km zurück, pro Pendler waren dies durchschnittlich 22 km pro Tag. Bis 1970 ist die Zahl der Pendler nach Flensburg auf 10 185 = 67% gestiegen, es werden nunmehr täglich für den Hin- und Rückweg 265 000 km zurückgelegt, pro Person 26 km. Die Tabelle zeigt, daß die Zahl der Flensburgpendler aus den entfernt gelegenen Gemeinden stärker zugenommen hat als aus den Nachbargemeinden: in der nahen Entfernung unter 10 km gab es nur eine Zunahme um 29%, dagegen in der weiteren Entfernung über 20 km eine um 144%! Zu beachten ist aber, daß die absolut größte Zunahme der Pendler aus der Umlandzone zwischen 5 und 20 km Entfernung kommt (über 70% des Zuwachses von rund 4 000 Einpendlern!).

Für die Stadt Kiel ergeben sich ähnliche Verhältnisse. Es werden von den 27 000 Einpendlern täglich rund 685 000 km zurückgelegt, um in die Stadt zu kommen; 25,4 km im Durchschnitt, gegenüber 23,4 im Jahre 1961.

Die Zunahme des durchschnittlichen Pendlerweges ist hier nicht so groß wie bei Flensburg (4,3 km gegenüber 2,0 km). Aber auch hier finden wir weitaus stärkere Zunahmen der Pendler mit längeren Wegestrecken - allerdings nicht in so extremen Maße wie bei

Flensburg: In der Entfernung unter 10 km eine Zunahme um 6%, in den entfernter liegenden (über 20 km) eine um 61%.

Gerhard Muske

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht A/Volkszählung 1970 - 2 enthalten.

Die Erbschaften und ihre Besteuerung in Schleswig-Holstein 1967 bis 1972

Durch das Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. 12. 1966 (BGBl. I S. 665) ist die Erbschaftsteuerstatistik wieder in das Programm der regelmäßig durchzuführenden Steuerstrukturserhebungen aufgenommen worden. Das Gesetz sieht vor, die steuerlich erfaßten Erbschaften (und Schenkungen) alle 6 Jahre zugleich für die vorhergehenden 5 Jahre aufzubereiten, und zwar erstmals 1972. Vor 1967 war die Durchführung der Erbschaftsteuerstatistik für mehrere Jahre ausgesetzt worden. Man war damals der Ansicht, daß der wirtschaftliche Aussagewert dieser Statistik relativ gering sei, und beschloß im Jahre 1963, sie aus Rationalisierungsgründen einzustellen. Was den wirtschaftlichen Erkenntniswert angeht, so trifft dies nach Auffassung des Verfassers auch weiterhin zu. Anders steht es um den sozialpolitischen Aussagewert, nachdem die Erbschaftsteuer im Rahmen der großen Steuerreform in die Bemühungen der Bundesregierung einbezogen worden ist, das Steuersystem besonders unter gesellschaftlichen Aspekten im Sinne einer gerechteren Vermögensverteilung neu zu ordnen. Das neue "Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz" wird jedoch nicht vor 1974 in Kraft treten. Die hier behandelten Ergebnisse beziehen sich also noch auf die Besteuerung nach dem derzeit geltenden Recht¹.

Nach dem deutschen Steuerrecht unterliegt der Erbschaftsteuer das Vermögen, das unentgeltlich von einer Person auf eine oder mehrere andere Personen übergeht. Hierbei sind zwei Erwerbsarten zu unterscheiden:

1. der Erwerb von Todes wegen
2. der Erwerb durch Schenkung unter Lebenden.

Den Hauptfall bildet die Vermögensübertragung von Todes wegen. Um zu verhindern, daß der Besteuerung beim Erwerb von Todes wegen

ausgewichen wird, fällt der Erwerb von Schenkungen unter Lebenden ebenso unter die Erbschaftsteuerpflicht. Die Schenkungsteuer ist eine Folgesteuer der Erbschaftsteuer. Steuerbemessungsgrundlage und Steuersätze sind bei beiden Erwerbsarten völlig gleich. Außerdem unterliegen der Erbschaftsteuerpflicht die sogenannten Zweckzuwendungen. Hierunter sind Zuwendungen zu verstehen, die für den Bereicherten mit einer bestimmten Auflage oder Leistung zugunsten eines Zweckes verbunden sind. Diese Zuwendungen können von Todes wegen wie auch unter Lebenden erworben werden. In der Statistik werden sie nicht getrennt ausgewiesen.

Die Erbschaftsteuer wird als Erbanfallsteuer erhoben. Das heißt, es wird besteuert, was dem einzelnen Erwerber aufgrund des Erbfallendes oder der Schenkung zufällt. Steuerpflichtiger ist also der Bereicherte. Eine Nachlaßsteuer, bei der die Hinterlassenschaft eines Verstorbenen als Ganzes vor dem Übergang an die Erben besteuert wird, kennt das derzeit geltende Steuerrecht in der Bundesrepublik Deutschland nicht. Die Nachlässe werden trotzdem von der Statistik erfaßt und dargestellt, um einen Einblick in ihre Verteilung auf die einzelnen Erbanfälle zu ermöglichen.

Gesamtergebnis

Im Kalenderjahr 1972 sind in Schleswig-Holstein 3 151 unbeschränkt steuerpflichtige Erwerbe zur Erbschaftsteuer veranlagt worden, wobei ein Vermögen im Werte von insgesamt 127 Mill. DM steuerlich erfaßt wurde. Nach Abzug der Freibeträge verblieben 104 Mill. DM, die zu versteuern waren. Die auf den Vermögensübergang festgesetzte Steuer betrug 11,3 Mill. DM. Dies entspricht einem Steuersatz auf den gesamten Wert des Erwerbs von durchschnittlich 8,9%. Setzt man die Freibeträge vom Wert des Erwerbs ab, so ergibt sich eine Steuerbelastung auf den steuerpflichtigen Erwerb von im Mittel 10,9%.

¹) Erbschaftsteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. 4. 1959 (BGBl. I S. 187)

Das von der Statistik ausgewiesene Steuersoll für das Kalenderjahr 1972 deckt sich naturgemäß nicht mit dem kassenmäßigen Aufkommen an Erbschaftsteuer in diesem Jahre. Das Istaufkommen betrug in Schleswig-Holstein 1972 fast 19,0 Mill. DM. Der Unterschied zum Sollaufkommen geht sowohl auf Vorauszahlungen aufgrund vorläufiger Bescheide wie auch auf Nachzahlungen aufgrund endgültiger Veranlagungen zurück. Die Erbschaftsteuer ist nach dem Grundgesetz eine reine Ländersteuer. Ihr Anteil an allen Steuereinnahmen, die dem Lande zufließen, ist unbedeutend; er machte im Jahre 1972 in Schleswig-Holstein nur 0,8% aus.

Daneben sind 3 beschränkt steuerpflichtige Erwerbe erfaßt worden, bei denen der Erblasser oder der Erwerber zur Zeit der Entstehung der Steuerschuld seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt nicht im Inland hatte. Wegen ihrer geringen Bedeutung wird über sie im folgenden nicht weiter berichtet. Die unten beschriebenen Ergebnisse beziehen sich also ausschließlich auf unbeschränkt steuerpflichtige Erwerbe.

Das von der Erbschaftsteuerstatistik in den einzelnen Jahren ermittelte Veranlagungsergebnis zeigt im großen und ganzen eine erhebliche Zunahme der Erb- und Schenkungsfälle seit Beginn der Aufzeichnungen Mitte der fünfziger Jahre. Die Entwicklung verläuft jedoch nicht so kontinuierlich, wie dies in anderen Steuerstatistiken bei laufend sich wiederholenden Besteuerungen eines bestimmten Steuergegenstandes zu beobachten ist. Die Schwankungen in der Zahl der Steuerfälle pro Veranlagungsjahr sind unter anderem darauf zurückzuführen, daß im Gegensatz

etwa zur jährlich erhobenen Einkommensteuer der Eintritt des Erb- oder Schenkungsfalles sehr selten ist. Neben dem Zufallsmoment, das dem Erbschaftsteuerfall anhaftet, wirkt sich auch die besondere Veranlagungstechnik in den Finanzämtern auf das Jahresergebnis der Erbschaftsteuerstatistik aus. Das unterschiedliche Veranlagungsergebnis der Jahre 1971 und 1972 ist ein gutes Beispiel hierfür. Die Erwerbsanfälle können nämlich häufig erst zur Steuer veranlagt werden, nachdem schwierige Erbauseinandersetzungen bürgerlich-rechtlich entschieden sind, wobei die Rechtskraft des Urteils abgewartet werden muß. Veranlagung und statistische Anschreibung können demzufolge vielfach erst mehrere Jahre nach Entstehung der Steuerschuld durchgeführt und dem Statistischen Landesamt mitgeteilt werden. Kurzfristige Zahlenvergleiche in der Erbschaftsteuerstatistik (etwa von einem Jahr zum anderen) haben daher keinen großen Aussagewert.

Erwerbe von Todes wegen und Schenkungen

Der weitüberwiegende Teil der Steuerfälle geht auf den Erwerb von Todes wegen zurück. In den letzten sechs Jahren seit Wiederaufnahme der Erbschaftsteuerstatistik schwankte ihr Anteil an allen zur Erbschaftsteuer veranlagten Fällen stets zwischen 85% und 88%. Demgegenüber entfielen auf Erwerbe durch Schenkung unter Lebenden nur etwa 12% bis 15% der Steuerfälle. Wertmäßig hat der Erwerb durch Schenkung ein etwas größeres Gewicht als seinem Anteil an den Steuerfällen entspricht: im Jahre 1972 verteilte sich der gesamte steuerlich erfaßte Erwerbswert auf Schenkungen und Erwerbe von Todes wegen etwa im Verhältnis 20 : 80.

Der durchschnittliche Erwerbswert je Steuerfall war bei den Schenkungen seit 1967 stets wesentlich größer als bei den Erbschaften. Im Jahre 1971 betrug er mit 91 000 DM fast das Dreifache, 1972 mit 66 000 DM nicht ganz das Doppelte des durchschnittlichen Erwerbswerts einer Erbschaft. Hieraus sollte nicht der Schluß gezogen werden, daß generell höhere Beträge verschenkt als vererbt werden. Der Unterschied geht vielmehr darauf zurück, daß Schenkungen unter Lebenden vom Fiskus schwieriger zu erfassen sind als Erwerbe von Todes wegen. Die Dunkelziffer bei Schenkungen mit niedrigem Erwerbswert dürfte relativ hoch sein. Dagegen bietet der amtlich registrierte Todesfall einer Person wesentlich bessere Möglichkeiten festzustellen, ob ein steuerpflichtiger Übergang von Vermögenswerten auf eine andere Person stattgefunden hat. Die Folge ist, daß nur relativ große

Unbeschränkt steuerpflichtige Erwerbe
(einschließlich Zweckzuwendungen) 1954 bis 1972

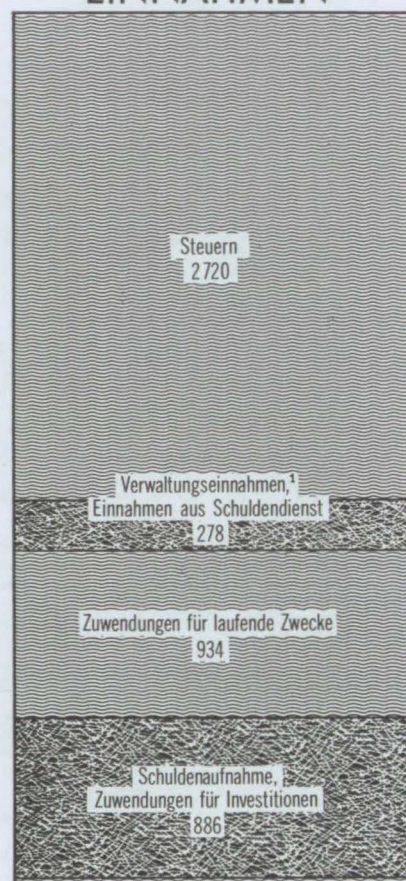
Jahr der Veranlagung	Steuerfälle insgesamt	Wert des Erwerbs		Festgesetzte Steuer
		insgesamt	darunter steuer- pflichtig	
		1 000 DM	%	1 000 DM
1954	731	7 810	72,0	773
1955	1 730	25 580	67,2	1 993
1956	1 196	26 254	65,4	1 790
1957	1 129	26 135	67,0	1 812
1958	973	21 697	74,4	1 805
1959	1 295	31 428	67,2	1 770
1960	1 366	40 790	72,7	2 804
1961	1 826	65 676	77,1	5 157
1962	2 014	74 846	76,2	4 990
1967	2 472	79 107	76,3	5 205
1968	3 461	102 624	73,5	7 424
1969	3 360	116 890	75,0	8 037
1970	3 723	138 637	81,0	10 452
1971	4 209	171 523	79,5	16 553
1972	3 151	126 876	81,6	11 322

LANDESHAUSHALT 1973

- Haushaltsansatz in Millionen DM -

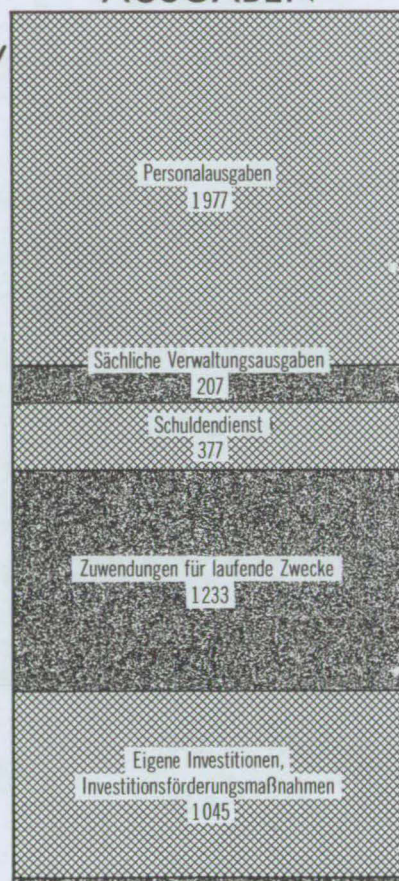


EINNAHMEN

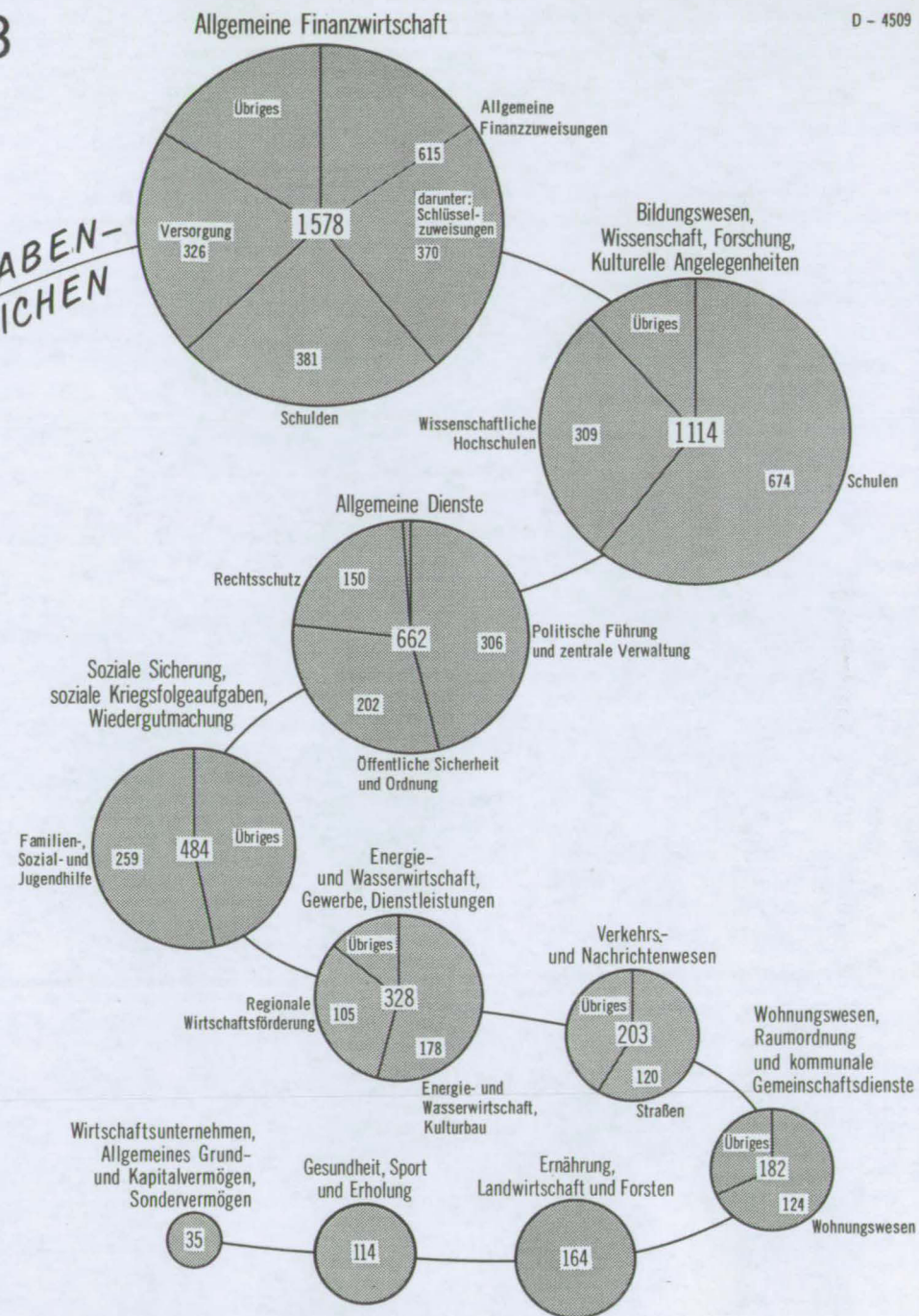


NACH
ARTEN

AUSGABEN



NACH AUFGABEN-
BEREICHEN



1) einschließlich steuerähnliche Einnahmen

Unbeschränkt steuerpflichtige Erwerbe
(einschließlich Zweckzuwendungen)
nach der Art des Erwerbs 1967 bis 1972

Jahr der Veranlagung	Steuer- fälle	Wert des Erwerbs			Fest- ge- setzte Steuer
		ins- gesamt	darunter steuer- pflichtig	je Steuer- fall	
		Mill. DM	DM	Mill. DM	
Erwerb von Todes wegen					
1967	2 093	62,1	47,4	29 687	4,3
1968	2 975	77,2	57,4	25 959	6,1
1969	2 932	92,9	71,1	31 672	7,0
1970	3 288	106,5	87,1	32 391	8,5
1971	3 626	118,6	95,8	32 707	12,1
1972	2 766	101,5	84,5	36 683	9,9
in % aller unbeschränkt steuerpflichtigen Erwerbe 1972	88	80	82		87
Erwerb durch Schenkung unter Lebenden					
1967	379	17,0	13,0	44 784	0,9
1968	486	25,4	18,0	52 253	1,3
1969	428	24,0	16,6	56 143	1,0
1970	435	32,1	25,1	73 871	1,9
1971	583	53,0	40,6	90 782	4,4
1972	385	25,4	19,0	66 005	1,4

3. Höhe der jeweiligen Freibeträge oder Freigrenzen.

Die folgende Darstellung gibt hierüber einen Überblick:

Steuer- klasse	Verwandschaftsverhältnis zwischen Erwerber und Erblasser (Schenker)	Gestaffelter Steuersatz je nach Höhe des steuer- pflichtigen Erwerbes ¹ in %	Freibeträge bzw. Freigrenze ² in DM
I	Ehegatten und Kinder	2 – 15	250 000 ³ oder 30 000
II	Abkömmlinge der Kinder	4 – 25	20 000
III	Eltern, Voreltern, Stiefeltern, Geschwister	6 – 40	3 000
IV	Schwiegerkinder, Schwiegereltern, Neffen und Nichten	8 – 50	3 000
V	Übrige Erwerber und Zweckzuwendungen	14 – 60	1 000

1) Der untere Steuersatz gilt für einen Erwerb bis einschließlich 10 000 DM, der obere für einen Erwerb von über 10 Mill. DM

2) Es ist folgender Unterschied zu beachten: Die Freibeträge der Steuerklassen I und II sind in jedem Falle vom Wert des Erwerbes abzusetzen, wogegen Erwerbe, die die Freigrenzen der Klassen III bis V überschreiten, mit ihrem Gesamtwert steuerpflichtig werden

3) Der Freibetrag von 250 000 DM steht nur dem Ehegatten zu, sofern gemeinsame Kinder leben

Schenkungen steuerlich in Erscheinung treten und damit statistisch erfaßt werden können, wogegen Schenkungen unter entfernt oder gar nicht verwandten Personen (Steuerklasse V), die bereits im Wert von mehr als 1 000 DM der Erbschaftsteuerpflicht unterliegen, ausfallen und den durchschnittlichen Wert der Schenkung pro Steuerfall auch nicht entsprechend herabdrücken können. Zu erwähnen bleibt außerdem, daß die steuerlich erfaßten Schenkungen zum größten Teil nach den Steuerklassen I und II besteuert werden, d. h. sie gehen an die nächsten Verwandten des Schenkers (Ehegatten, Kinder, Enkel). Gerade für diesen Personenkreis aber sieht das Erbschaftsteuergesetz hohe Freibeträge vor (zwischen 20 000 und 250 000 DM). Schenkungen mit geringem Erwerbswert an diesen bevorzugten Personenkreis werden also schon aus steuerlichen Gründen nicht erfaßt und treten damit auch statistisch nicht in Erscheinung².

Steuerklassen und Freibeträge

Die Höhe der Erbschaftsteuerbelastung ist allgemein von drei Merkmalen abhängig:

1. Höhe des Erwerbs
2. Verwandschaftsverhältnis des Erwerbers zum Erblasser (Schenker)

2) Gegenstand der Erbschaftsteuerstatistik sind nur Erwerbe, bei denen die Steuerschuld nach dem 31. 12. 1948 entstanden ist und bei denen ein Steuerbetrag festgesetzt worden ist

Neben den oben dargestellten allgemeinen Freibeträgen und Freigrenzen sieht das Erbschaftsteuergesetz in einer Reihe von Einzelfällen weitere Befreiungen vor, so z.B. beim Erwerb von Hausrat oder Kunstgegenständen. Geht man von der Höhe des Erwerbswertes und der festgesetzten Steuer aus, so kommt der Steuerklasse I für das gesamte Veranlagungsergebnis die größte Bedeutung zu. Obwohl die 633 Erwerbe an Ehegatten und Kinder im Jahre 1972 nur etwa 20% aller Steuerfälle ausmachten, waren sie mit etwa zwei Dritteln am Wert des Erwerbs im ganzen beteiligt. In die Klasse mit dem höchsten Verwandschaftsgrad fallen die im Schnitt größten Vermögensübertragungen, nämlich 133 000 DM je Steuerfall. Hier sind auch die höchsten Freibeträge zu finden, nämlich insgesamt fast 22 Mill. DM, und mit 6,9% des steuerpflichtigen Erwerbes die im Durchschnitt niedrigste Steuerbelastung. Demgegenüber ist die Zahl der Steuerfälle in Steuerklasse II auffallend niedrig.

Die Häufigkeit der Steuerfälle ist in der Steuerklasse V am größten. In ihr sind über ein Drittel aller Steuerfälle vereinigt. Ihr Wert des Erwerbs im ganzen fällt infolge der geringen Freigrenzen, bei deren Überschreiten der gesamte Erwerb steuerpflichtig wird, fast mit dem steuerpflichtigen Erwerb zusammen. Für Erwerbe der Steuerklassen III

Unbeschränkt steuerpflichtige Erwerbe
(einschließlich Zweckzuwendungen)
im Veranlagungsjahr 1972 nach Steuerklassen

Steuer- klasse	Steuer- fälle	Wert des Erwerbs			Festge- setzte Steuer
		ins- gesamt	darunter steuer- pflichtig	je Steuerfall	
		in 1 000 DM			
I	633	84 225	62 329	133	4 304
II	56	2 938	1 795	52	161
III	717	12 280	12 132	17	1 225
IV	601	11 166	11 101	19	1 704
V	1 144	16 267	16 179	14	3 928
darunter Erwerb von Todes wegen in %					
I	67,8	74,2	74,9	.	79,8
II	69,6	77,2	81,7	.	86,4
III	93,7	96,2	96,2	.	96,7
IV	92,5	86,2	86,1	.	83,4
V	93,5	93,9	93,9	.	94,6

und IV sind die Freigrenzen ebenfalls sehr gering. Die niedrigen Freigrenzen bewirken hier, daß auch kleine Erwerbe steuerlich erfaßt werden können, wodurch der durchschnittliche Wert des Erwerbs erheblich herabgedrückt wird. In den Klassen I und II ist der durchschnittliche Erwerbswert im Grunde genommen überhöht, weil infolge der hohen Freibeträge kleinere Vermögensübertragungen nicht erfaßt werden können. Trotz der methodisch bedingten Verzerrungen besteht

aber kein Zweifel darüber, daß der Wert der Vermögensübertragungen mit sinkendem Verwandtschaftsgrad in der Regel abnimmt. Das umgekehrte trifft für die steuerliche Belastung zu: sie steigt mit sinkendem Verwandtschaftsgrad und betrug im Jahre 1972 bezogen auf den steuerpflichtigen Erwerb zwischen 6,9% in Steuerklasse I und 24,3% in Steuerklasse V. Diese Durchschnittswerte fallen relativ niedrig aus, da sie von der Vielzahl der Fälle in den unteren Wertstufen beeinflusst sind. Im Einzelfall kann die Belastung aber auch wesentlich höher ausfallen, so z.B. in der Steuerklasse V bis zu 60%.

Die Anteile der Steuerfälle, die auf die einzelnen Steuerklassen entfallen, haben sich seit 1967 kaum geändert. Auch in den weiterzurückliegenden Jahren ist die Verteilung, von geringfügigen Abweichungen abgesehen, immer etwa die gleiche gewesen.

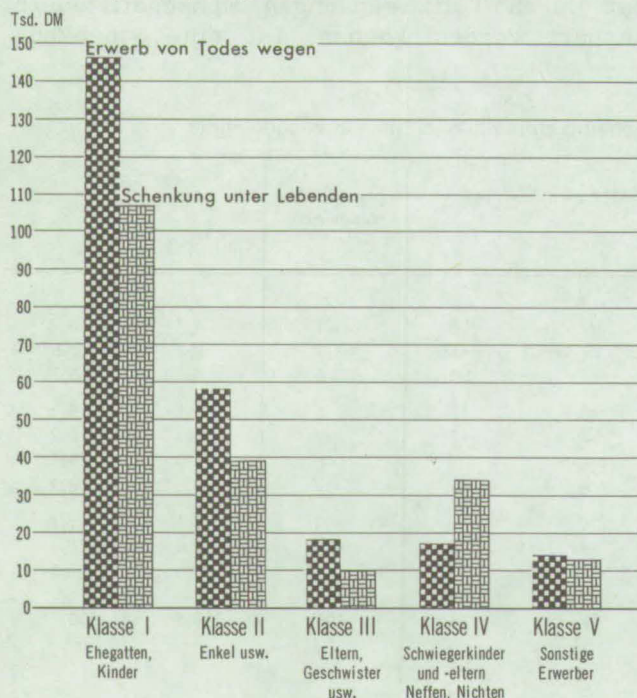
Die Entwicklung in den zurückliegenden Jahren

Betrachtet man die Entwicklung der wichtigsten 3 Erhebungsmerkmale (Steuerfälle, Wert des Erwerbs und festgesetzte Steuer) seit Mitte der fünfziger Jahre, so ergibt sich, daß sie im allgemeinen nach oben gerichtet gewesen ist, wenn es auch in einigen Jahren, bedingt durch Zufalls- oder steuertechnische Einflüsse (wie z. B. im Jahre 1972), Unterbrechungen dieses Aufwärtstrends gegeben hat. Hierbei ist die Häufigkeit der Steuerfälle längst nicht so kräftig gestiegen, wie sich der Wert des Erwerbs im ganzen und die festgesetzte Steuer erhöht haben. Während die Veranlagungen von 1954 bis 1971 etwa um das 6fache zunahmen, stieg der Wert des Erwerbs in diesem Zeitraum um das 22fache und die festgesetzte Steuer um das 21fache. Neben der Zunahme der Steuerfälle ist die Entwicklung also besonders

D - 4506

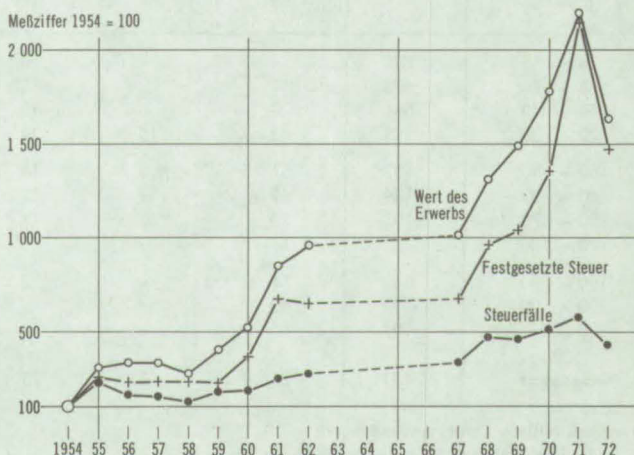
Erbschaftsteuer 1972

Wert des Erwerbs (einschließlich Zweckzuwendungen)
je steuerpflichtige Erbschaft nach der Steuerklasse



D - 4507

Erbschaftsteuer 1954-1972



dadurch gekennzeichnet, daß sich der durchschnittliche Wert des Erwerbs je Veranlagung im gleichen Zeitraum etwa vervierfachte.

Die Bewertung des durch Erbfall oder Schenkung übertragenen Vermögens richtet sich - wie auch bei anderen vermögensabhängigen Steuern - nach den allgemeinen Vorschriften des Bewertungsgesetzes. Diese Vorschriften sind in bezug auf das Grundvermögen vollkommen unreal, da sie vorsehen, daß Grund und Boden derzeit noch mit dem Einheitswert von 1935 zu bewerten ist. Über die Entwicklung der Bodenpreise in den letzten 15 Jahren braucht hier kein Wort verloren zu werden. Die Tatsache, daß sie für die Besteuerung nunmehr seit bald 40 Jahren eingefroren sind, läßt keinen Zweifel an dem zu niedrigen Niveau der von der Erbschaftsteuerstatistik ausgewiesenen Erwerbswerte aufkommen. In Wirklichkeit ist die Entwicklung also noch wesentlich steiler verlaufen als oben graphisch dargestellt. Über den Umfang, in dem Grundbesitz im Wert des Erwerbs insgesamt enthalten ist, liegen Unterlagen aus der Erbschaftsteuerstatistik nicht vor.

Gliederung nach Wertstufen

Die Schichtung nach der Höhe des Erwerbswertes zeigt für die Steuerfälle eine sehr starke Besetzung der drei untersten Wertstufen und eine ebenfalls starke Konzentration der Erwerbswerte in den drei obersten Wertstufen. Es handelt sich hierbei um die auch von anderen Steuerstatistiken her bekannte typische Häufigkeitsverteilung nach Größenklassen. Die Aufbereitung des Jahres 1972 ergab, daß auf fast zwei Drittel aller Fälle (65%) ein Erwerb im ganzen (d. h. vor Abzug etwaiger Freibeträge) von weniger als 20 000 DM entfiel;

hierunter kam auf über ein Viertel (26%) sogar nur ein Erwerb von weniger als 5 000 DM. Der Anteil am Wert des Erwerbs betrug in den 3 untersten Wertstufen zusammen 11%, auf die niedrigste Stufe entfiel ein Anteil von nur 2% des gesamten Erwerbswertes. Mit steigender Wertstufe nimmt die Zahl der Steuerfälle rasch ab. Nur 8% aller Veranlagungen betrafen Vermögensübertragungen im Werte von mehr als 100 000 DM. Sie waren am Wert des Erwerbs im ganzen mit 57% beteiligt. In 5 Fällen wurden Millionenbeträge übertragen, darunter in 4 Fällen durch Erwerb von Todes wegen.

Über die verhältnismäßig hohen Freibetragsgrenzen in den Steuerklassen I und II wurde oben bereits berichtet. Sie bewirken, daß steuerpflichtige Erwerbe in den unteren 3 Wertstufen sich nur auf mit dem Erblasser oder Schenker entfernt oder gar nicht verwandte Personen verteilen, die nach den Klassen III, IV und besonders V besteuert werden. Mit zunehmendem Erwerbswert verschiebt sich dann das Gewicht mehr und mehr zugunsten der Ehegatten und Kinder, die in die Steuerklasse I fallen. An diesem typischen Verteilungsbild hat sich auch in den zurückliegenden Jahren im wesentlichen nichts geändert.

Dem Betrachter der Tabelle mag auffallen, daß nach Steuerklasse I Veranlagungen vorgenommen worden sind, obwohl der Wert des Erwerbs unterhalb der Freigrenze (30 000 DM) liegt. Es hängt dies mit dem § 13 des Erbschaftsteuergesetzes zusammen, der die Berücksichtigung früherer Erwerbe regelt. Durch die Bestimmung soll verhindert werden, daß durch Teilzuwendungen Erbschaftsteuern gespart werden können. Ist eine Schenkung

Unbeschränkt steuerpflichtige Erwerbe¹ nach Wertstufen und Steuerklassen im Veranlagungsjahr 1972

Wertstufe ² von ... bis unter ... 1 000 DM	Zahl der Steuerfälle	davon besteuert nach Steuerklasse ... in %					Steuerfälle zusammen in %	Wert des Erwerbs im ganzen	
		I	II	III	IV	V		Mill. DM	%
unter 5	830	-	-	18	18	64	26	2,6	2,1
5 - 10	674	-	-	30	32	38	21	4,7	3,7
10 - 20	541	0	-	35	24	41	17	7,2	5,6
20 - 30	195	3	10	39	21	28	6	4,7	3,7
30 - 40	192	51	8	18	10	13	6	6,7	5,3
40 - 50	149	69	3	13	4	11	5	6,6	5,2
50 - 70	197	72	2	11	9	7	6	11,6	9,1
70 - 100	127	74	7	5	6	9	4	10,6	8,3
100 - 200	140	74	-	8	10	8	4	19,1	15,1
200 - 500	79	80	4	4	8	5	3	23,3	18,4
500 und mehr	27	93	-	-	-	7	1	29,8	23,5
Insgesamt	3 151	20	2	23	19	36	100	126,9	100

1) einschließlich Zweckzuwendungen

2) gegliedert nach dem Wert des Erwerbs im ganzen

z. B. nur wegen ihrer Höhe steuerfrei, so fällt die Befreiung fort, wenn innerhalb von 10 Jahren von derselben Person noch weitere Zuwendungen angefallen sind und die zusammengerechneten Teilzuwendungen einen Erwerbswert ergeben, der die Freigrenze überschreitet.

Entstehungsjahr der Steuerschuld

Die Steuerschuld entsteht nach den Vorschriften des Erbschaftsteuergesetzes:

1. Beim Erwerb von Todes wegen mit dem Tod des Erblassers
2. Bei Schenkungen unter Lebenden mit dem Zeitpunkt der Ausführung der Zuwendung
3. Bei Zweckzuwendungen mit dem Zeitpunkt des Eintritts der Verpflichtung des Beschwerten.

Aus den oben bereits erwähnten Gründen fallen Entstehungsjahr der Steuerschuld und Jahr der Veranlagung zur Erbschaftsteuer häufig auseinander. Mit der Darstellung der Ergebnisse nach dem Entstehungsjahr der Steuerschuld soll gezeigt werden, mit welcher zeitlichen Verzögerung die Veranlagungen zur Erbschaftsteuer auf den Tatbestand folgen, an den das Gesetz die Steuer anknüpft.

Bei 90% aller im Jahre 1972 durchgeführten Veranlagungen ist die Steuerschuld nach 1969 entstanden, das heißt zwischen Erbfall oder Schenkung und Veranlagung verstrichen in neun Zehntel aller Fälle weniger als 3 Jahre. Am häufigsten, nämlich in 58% aller Veranlagungen des Jahres 1972, ist die Steuerschuld im Jahre 1971 entstanden. Weitere 16% konnten sogar noch im Entstehungsjahr der Steuerschuld (1972) veranlagt werden, und 15% der Veranlagungen gehen auf ein steuerlich relevantes Ereignis zurück, das im Jahre 1970 eingetreten ist. In 10% der Veranlagungen des Jahres 1972 entstand die Steuerschuld mindestens 3 Jahre vorher, wobei die Zahl der Fälle umso mehr abnimmt, je weiter das Entstehungsjahr zurückliegt.

Der durchschnittliche Wert des Erwerbs der im Jahre 1972 durchgeführten Veranlagungen betrug je nach Entstehungsjahr der Steuerschuld:

1972	30 555 DM
1971	27 871 DM
1970	60 951 DM
1969	90 090 DM
1968	104 488 DM

Die Schwierigkeiten bei der Veranlagung zur Erbschaftsteuer (strittige Erbauseinandersetzungen usw.) nehmen also in der Regel mit der Höhe des Erwerbswertes zu, so daß die

Bearbeitungsdauer im Finanzamt umso mehr Zeit in Anspruch nimmt, je höher der Wert der Vermögensübertragung ist. Der Bereicherte wird dann häufig aufgrund eines vorläufigen Bescheides zu einer Vorauszahlung verpflichtet, um die finanziellen Nachteile für den Fiskus und die Benachteiligung gegenüber Steuerpflichtigen, deren Veranlagung relativ wenig Zeit in Anspruch nahm, möglichst gering zu halten.

Nachlässe

Neben der Darstellung der Erwerbsanfälle bietet die Erbschaftsteuerstatistik auch die Möglichkeit, die Nachlässe zu tabellieren. Unter einem Nachlaß versteht man die übergehende Hinterlassenschaft eines Verstorbenen als Ganzes. Ist nur ein Erbe vorhanden, so fallen Nachlaß und Erbschaft zusammen. Vergleiche mit der Erbanfallstatistik sind daher nur sinnvoll, sofern sie sich auf Erwerbe von Todes wegen (oder Zweckzuwendungen von Todes wegen) beziehen. Die Begriffe "Nachlaß" und "Schenkungen unter Lebenden" schließen einander aus. Die Schenkungen sind also in der Darstellung der Nachlässe nicht enthalten.

Die 2 766 steuerpflichtigen Erwerbe von Todes wegen, die im Jahre 1972 zur Erbschaftsteuer veranlagt wurden, resultieren aus 1 407 Nachlässen mit einem Wert von 101,6 Mill. DM. Dies bedeutet, daß im Durchschnitt auf einen Nachlaß etwa 2 Erwerbe entfallen. In der

Nachlässe (einschließlich Zweckzuwendungen von Todes wegen)¹
nach Wertstufen im Jahre 1972

Wertstufe ² von ... bis unter ... 1 000 DM	Anzahl der Nachlässe	Reinnachlaß bzw. Reinzuführung	Festgesetzte Steuer
1 000 DM			
unter 5	166	564	61
5 - 10	231	1 700	157
10 - 20	261	3 634	401
20 - 30	149	3 569	373
30 - 40	141	3 982	335
40 - 50	94	4 192	295
50 - 70	103	5 922	452
70 - 100	81	6 736	522
100 - 150	61	7 603	422
150 - 200	31	5 588	346
200 - 250	22	4 941	350
250 - 300	21	5 481	436
300 - 400	15	5 995	347
400 - 500	10	4 480	570
500 - 700	6	3 565	344
700 - 1 000	4	3 577	245
1 000 und mehr	11	30 068	4 241
Insgesamt	1 407	101 597	9 897

1) Nur sofern der Erblasser Inländer war und mindestens ein steuerbelasteter Erwerb am Nachlaß beteiligt war

2) gegliedert nach dem Wert des Reinnachlasses bzw. der Reinzuführung

Gliederung nach Wertstufen ergeben sich von diesem Durchschnittswert allerdings beträchtliche Abweichungen. Während in der untersten Wertstufe die Zahl der Erwerbe von Todes wegen nicht sehr viel größer ist als die Zahl der Nachlässe, nimmt in der Regel die Zahl der Erben mit steigendem Wert des Nachlasses

zu. Im übrigen zeigt die Schichtung der Nachlässe im Prinzip ein ähnliches Bild wie die Gliederung der Erwerbe nach Wertstufen.

Klaus Scheithauer

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht L IV 9 (bisher L II 2) enthalten.

Strukturdaten des schleswig-holsteinischen Ackerbaus 1971

Von der 1,12 Mill. Hektar umfassenden landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) Schleswig-Holsteins wurden 1971 58% ackerbaulich genutzt. Weitere 41% waren Dauergrünland, der Rest entfiel auf Obstanlagen (0,2%), Baumschulflächen (0,3%) und auf Haus- und Nutzgärten (0,5%), soweit sie zu landwirtschaftlichen Betrieben gehörten.

Die 653 000 ha Ackerland der landwirtschaftlichen Betriebe wurden wie folgt genutzt:

	ha in 1 000	%
Getreide einschließlich Körnermais	428	66
Hackfrüchte	63	9,6
Handelsgewächse (Raps)	55	8,5
Ackerfutterbau	95	15

Die restlichen Ackerflächen (2%) wurden mit Gemüse, Zierpflanzen, Hülsenfrüchten bestellt.

Diese Informationen sowie die Zahlen über Hektarerträge und Gesamternten der landwirtschaftlichen Feldfrüchte werden nicht nur mit den Landwirtschaftszählungen, sondern jährlich mit den Anbau- und Ernteerhebungen festgestellt und veröffentlicht. Darüberhinaus bringen die Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1971 jedoch tiefere Einblicke in die Produktionsstruktur des Ackerbaus.

Von allen 42 600 landwirtschaftlichen Betrieben in Schleswig-Holstein mit landwirtschaftlich genutzter Fläche hatten 34 600 Betriebe (81%) Ackerland, die übrigen Betriebe hatten ausschließlich Grünland, Baumschulflächen, Obstanlagen oder andere Dauerkulturen.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Verbreitung der wichtigsten Ackerfrüchte in den 34 600 Betrieben mit Ackerland und den durchschnittlichen Umfang des Anbaus je Betrieb im Jahre 1971.

Am verbreitetsten von allen Ackerfrüchten ist das Getreide. 32 000 Betriebe, das sind 92% aller Betriebe mit Ackerland, bauten 1971 Getreide an. Und nicht nur die Verbreitung, auch der Anbauumfang des Getreides ist mit

Verbreitung und Umfang des Anbaus ausgewählter Ackerfrüchte im Jahre 1971

Fruchtart	Betriebe mit Anbau		Anbaufläche
	Anzahl	% ¹	ha je Betrieb ²
Getreide	31 962	92,3	13,4
und zwar Weizen	14 727	42,5	6,8
Roggen	20 461	59,1	4,2
Wintergerste	11 629	33,6	5,8
Sommergerste	13 125	37,9	3,7
Hafer	25 199	72,8	4,3
Raps und Rübsen	5 084	14,7	9,9
Zuckerrüben	3 718	10,7	4,0
Kartoffeln	11 040	31,9	1,0
Futterhackfrüchte	23 357	67,5	1,5
Ackerfutterpflanzen	17 254	49,8	5,5
darunter Grün/Silomais	2 498	7,2	3,2
Gartengewächse	2 743	7,9	3,0

1) in % aller 34 628 Betriebe mit Ackerland

2) bezogen auf die Zahl der Betriebe, welche die betreffende Fruchtart anbauen

13,4 ha je Betrieb wesentlich größer als bei den übrigen Ackerfrüchten.

Von den einzelnen Getreidearten war 1971 der Hafer weitaus am verbreitetsten. Er hatte auch die größte Anbaufläche insgesamt, lag jedoch mit 4,3 ha Durchschnittsanbaufläche je Betrieb hinter Weizen mit 6,8 ha und Wintergerste mit 5,8 ha je Betrieb. Der Hafer kann - im Gegensatz zu Weizen und Wintergerste - mit gutem Erfolg auf allen Bodenarten angebaut werden und übernimmt in den heute vorherrschenden getreidereichen Fruchtfolgen in gewissem Umfang die Funktion einer Gesundungsfrucht, die von den übrigen Getreidearten nicht erfüllt werden kann. Im Gegensatz zum Hafer, der in fast drei Viertel aller Betriebe mit Ackerland zu finden ist, ist die Wintergerste nur in einem Drittel, die Sommergerste in 38% der Betriebe zu finden. Weizen bauen gut 40% und Roggen bereits fast 60% aller Betriebe mit Ackerland an. Die im Hinblick auf die Bodenqualität anspruchsvollsten Getreidearten Weizen und Wintergerste - es sind gleichzeitig die leistungsfähigsten Getreide-

arten - konnten also bisher nicht dieselbe Verbreitung finden wie Roggen und Hafer, da die geringerwertigen Standorte in Schleswig-Holstein einen lohnenden Anbau nicht zulassen. Andererseits müssen die nicht so anspruchsvollen Getreidearten Roggen und Hafer aus ackerbaulichen und betriebswirtschaftlichen Gründen auch auf den besseren Standorten Marsch und Hügelland angebaut werden.

Da Weizen und Wintergerste vorwiegend in der Marsch und im Hügelland angebaut werden und die Betriebe, soweit Fruchtfolge und Arbeitswirtschaft es erlauben, möglichst große Flächen hiermit bestellen, sind die durchschnittlichen Anbauflächen je Betrieb bei Weizen und Wintergerste weit größer als bei den übrigen Getreidearten.

Bei der Betrachtung der durchschnittlichen Anbauflächen je Betrieb ist allerdings zu beachten, daß zwischen den Naturräumen des Landes erhebliche Unterschiede in der Betriebsgrößenstruktur bestehen. So schwankt die durchschnittliche LF je Betrieb zwischen 22 ha auf der Hohen Geest und 30 ha im Hügelland und die durchschnittliche Ackerfläche je Betrieb zwischen 12 ha auf der Hohen Geest und 25 ha im Hügelland. Ackerfrüchte, die bevorzugt auf den günstigeren Standorten des Hügellandes angebaut werden, weisen also bereits dadurch wesentlich größere durchschnittliche Anbauflächen auf, als Fruchtarten, die bevorzugt auf der Geest angebaut werden.

Dementsprechend unterschiedlich verbreitet sind die einzelnen Getreidearten in den einzelnen Betriebsgrößenklassen (s. 2. Übersicht). Betriebe mit Ackerland ab 20 ha LF bauen praktisch ohne Ausnahme Getreide an, während in der Größenklasse bis 20 ha LF jeder fünfte Betrieb mit Ackerland kein Getreide hat. In diese Größenklasse fallen viele Spezialbetriebe, Gartenbaubetriebe, Baumschulen, die auf ihrem Ackerland Spezialkulturen wie Gemüse, Zierpflanzen anbauen sowie auch große Viehhaltungen, die auf kleinen Rest-Ackerflächen Hackfrüchte oder auch Ackerfutterpflanzen anbauen. Auch aus der Übersicht wird deutlich, daß Weizen und Wintergerste weitaus stärker von größeren Betrieben angebaut werden, während Roggen in den Großbetrieben weniger verbreitet ist als in Betrieben bis zu 100 ha LF. Sommergerste und Hafer finden in allen Betriebsgrößenklassen annähernd gleiche Verbreitung. In Betrieben unter 10 ha LF ist, wenn Getreide angebaut wird, am häufigsten Hafer und Roggen zu finden.

Eine Fruchtart, die während des letzten Jahrzehnts außerordentlich stark im Anbau ausgedehnt worden ist, ist der Raps. Er nahm im Jahre 1971 mit 51 000 ha bereits

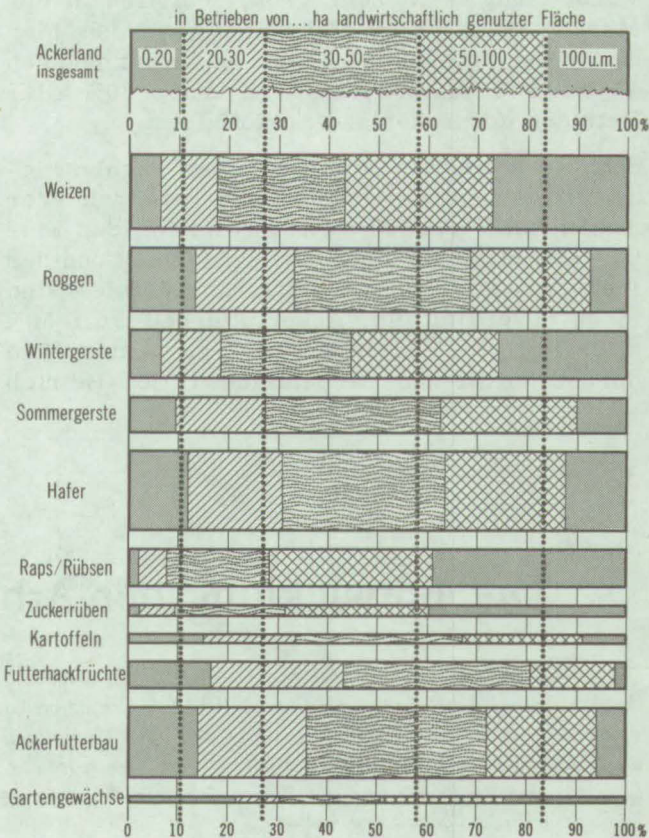
Die Verbreitung der wichtigsten Ackerfrüchte in den Betriebsgrößenklassen 1971

	Betriebsgrößenklasse nach der LF in ha				
	0,01 bis 20	20 bis 30	30 bis 50	50 bis 100	100 und mehr
Betriebe mit Ackerland	12 998	7 871	9 079	3 961	719
darunter mit Getreide	81	99	99	100	99
und zwar mit Weizen	25	44	52	68	89
Roggen	46	69	69	63	46
Wintergerste	17	35	42	58	81
Sommergerste	21	43	51	53	43
Hafer	51	82	86	89	92
Raps und Rüben	3	9	20	41	74
Zuckerrüben	2	8	15	28	49
Kartoffeln	34	34	31	26	27
Futterhackfrüchten	55	81	77	63	33
Ackerfutterpflanzen	38	54	58	62	49
dar. mit Grün/Silomais	1	5	11	19	23
Gartengewächsen	12	3	5	9	17

7,7% der Ackerfläche ein und hatte damit fast schon das Ausmaß des Hackfruchtbaus erreicht. Gleichwohl ist die Verbreitung des Rapsanbaus in den Betrieben gering. Nur knapp 15% aller Betriebe mit Ackerland bauten 1971 Raps oder Rüben an. Die Besonderheit liegt hier darin, daß Klein-

D - 4505

Der Anteil der Betriebsgrößenklassen am Ackerland und an den einzelnen Fruchtarten 1971



betriebe kaum und mittelbäuerliche Betriebe (bis 50 ha LF) selten Raps anbauen. Dagegen ist Raps in drei Viertel aller Großbetriebe zu finden. Die durchschnittliche Anbaufläche je Betrieb ist mit 10 ha entsprechend groß. Darüberhinaus ist der Rapsanbau stark standortgebunden. Während in den Naturräumen Nordoldenburg/Fehmarn 78% aller Betriebe mit Ackerland Raps anbauen, waren es auf der Geest (abgesehen von den mecklenburger Geestteilen) allenfalls 3% der Betriebe.

Ähnlich wie beim Raps, wenn auch nicht so ausgeprägt, sind die Anbauverhältnisse bei den Zuckerrüben, deren Gesamtfläche 1971 mit 15 000 ha wesentlich kleiner war als die Rapsanbaufläche. Insgesamt bauten 1971 gut 3 700 Betriebe, 11% aller Betriebe mit Ackerland, Zuckerrüben an. Die Anbauverbreitung steigt von 2% in den Kleinbetrieben auf 49% in den Großbetrieben. Die durchschnittliche Größe der Zuckerrübenflächen je Betrieb betrug 4 ha.

Die 11 000 ha Kartoffeln des Jahres 1971 verteilten sich dagegen auf etwa die dreifache Zahl von Betrieben wie die Zuckerrüben, wobei die durchschnittliche Kartoffelfläche je Betrieb nur 1 ha betrug. Jeder dritte Betrieb mit Ackerland baute 1971 noch Kartoffeln an, wobei eine große Zahl von Betrieben nur noch Kleinflächen für den Eigenbedarf, Deputat oder Altenteil nachzuweisen hatte. Zwischen den Betriebsgrößenklassen und den Naturräumen waren die Unterschiede in der Verbreitung nicht sehr groß, lediglich in der Marsch ist die Kartoffel selten geworden; hier hatten nur noch etwa 5%, auf der Geest dagegen 40 bis 50% und im Hügelland knapp 30% aller Betriebe mit Ackerland Kartoffeln.

Sehr verbreitet sind in den schleswig-holsteinischen Betrieben nach wie vor der Anbau von Futterhackfrüchten (das sind vor allem Runkelrüben und Kohlrüben) und der Ackerfutterbau. Futterhackfrüchte sind in gut zwei Dritteln, Ackerfutterbau ist in 50% aller Betriebe mit Ackerland zu finden. Die durchschnittlichen Anbauflächen je Betrieb

betragen nur 1,5 ha bei den Futterhackfrüchten, jedoch 5,5 ha beim Ackerfutterbau. Der Futterhackfruchtanbau ist besonders in den bäuerlichen Betrieben mit 20 bis unter 30 ha LF zu finden. Der Ackerfutterbau dagegen findet seine stärkste Verbreitung in der Betriebsgrößenklasse 50 bis 100 ha LF. Eine Spezialität des Ackerfutterbaus ist der Silomais, dessen Fläche in den letzten Jahren außerordentlich stark vergrößert worden ist. 7% aller Betriebe mit Ackerland bauten 1971 bereits Silomais an. Dabei steigt die Verbreitung mit der Betriebsgröße.

Letztlich zu den Gartengewächsen: Da es sich hier um eine Sammelposition von Gemüse der Gärtnereien, Feldgemüse, Zierpflanzen, Erdbeeren u. a. Gartenbaugewächsen handelt, ist eine differenzierte Betrachtung nicht möglich. Verbreitet ist der Anbau von Gartengewächsen am stärksten einerseits in der unteren Betriebsgrößenklasse und andererseits in den Großbetrieben. Während es sich im ersten Fall vor allem um Intensivanbau in Markt-gärtnereien und Zierpflanzengärtnereien handeln dürfte, ist es in den Großbetrieben andererseits der Feldgemüseanbau, der zu einer Verbreitung von 17% in den Betrieben mit Ackerland geführt hat.

Die dargestellten Ergebnisse über die Anbauflächen der wichtigsten landwirtschaftlichen Ackerfrüchte, über deren Verbreitung und Umfang in den Betriebsgrößenklassen und Naturräumen, haben einen kleinen Einblick in die vielfältige Struktur des schleswig-holsteinischen Ackerbaus gewährt. Die Gründe für die großen Unterschiede sind betriebswirtschaftlicher und traditioneller Natur. Sie sind vom Markt ebenso beeinflusst, wie vom Standort. Eine Gesamtwertung ist allerdings nur möglich im Zusammenhang mit weiteren Strukturdaten, zu denen Grünlandanteil, Art und Umfang der Viehwirtschaft als die wichtigsten gehören.

Dr. Matthias Sievers

Nähere Angaben sind in den Statistischen Berichten C/Landwirtschaftszählung 1971 - 1 und 2 enthalten.

Die Entwicklung der Arbeitsverdienste 1968 bis 1972

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Entwicklung der Arbeitsverdienste nur bis zum Oktober 1972. Die Heranziehung eines neuen Kreises berichtender Firmen und eine Umstellung des Programms der EDV-Aufbereitung haben in dieser laufenden Statistik eine Verzögerung um ein halbes Jahr bewirkt, die erst im Sommer 1973 aufgeholt werden kann.

In einer Periode rascher steigender Preise, wie wir sie seit geraumer Zeit erleben, gewinnt die Frage nach der Entwicklung der Einkommen eine neue Qualität. Während in der langen Periode wachsenden Wohlstandes, die etwa das Jahrzehnt von 1956 - 1966 umfaßt,

die Einkommenszunahme bei den meisten abhängig Beschäftigten weitgehend die Vorstellung einer entsprechenden Verbesserung des Lebensstandards bewirkte, schiebt sich in den letzten Jahren mit steigender Geschwindigkeit der andere Gesichtspunkt in den Vordergrund: Mehr Einkommen ist nötig, um mit den steigenden Preisen Schritt zu halten. Die nüchterne Betrachtung zeigt, daß immer beide Komponenten da waren. Auch früher stiegen die Preise (wenn auch langsamer als heute), und auch heute steigt der Lebensstandard (langsamer als früher?). Die so formulierte allgemeine Aussage kann von der Statistik nur zum Teil mit entsprechenden Zahlen gestützt werden. Die Preisentwicklung wird verbrauchergerecht mittels des Preisindexes für die Lebenshaltung beobachtet; bezüglich der Einkommensentwicklung fehlt noch ein entsprechendes generelles Meßinstrument (es wird demnächst aus den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zur Verfügung stehen). Stellvertretend für die eigentlich gemeinte allgemeine Einkommensentwicklung - die als Durchschnitt der einzelnen, sich unterschiedlich entwickelnden Arbeitnehmergruppen zu denken ist - werden hier die Bruttostundenverdienste der männlichen Industriearbeiter genommen, für die zeitlich lange, methodisch gleich ermittelte Reihen vorliegen. Für die Tabelle und ihre rechte Deutung ist im Auge zu behalten, daß die Verdienste anderer Gruppen von Arbeitnehmern sich anders entwickelt haben können, und daß es sich um Bruttoverdienste handelt und nicht um verfügbare Einkommen.

Bei einer repräsentativen (Zufalls-)Stichprobe von 10 - 15 % der Industriebetriebe (Wirtschaftsabteilungen 1 = Energiewirtschaft und Wasserversorgung, 2 = Verarbeitendes Gewerbe und 3 = Baugewerbe) werden im Januar, April, Juli und Oktober jedes Jahres die Zahl der Arbeiter (und Angestellten) erfragt, die Summe der ihnen in diesem Monat bezahlten Arbeitsstunden und die entsprechende Bruttolohnsumme (-gehaltssumme). Die Arbeiter werden vorher nach dem Geschlecht und nach drei sogenannten Leistungsgruppen unterteilt (bei Angestellten vier Leistungsgruppen). Durch geeignete Division werden aus den Summen durchschnittliche Beträge je Arbeiter und Angestellten errechnet. Die Ergebnisse unterscheiden ferner zwischen über 40 verschiedenen Wirtschaftszweigen. Regionale Differenzierung ist nicht möglich, die Zahlen beziehen sich auf das Land Schleswig-Holstein.

Der Preisindex für die Lebenshaltung wird nicht eigens für das Land errechnet. Für alle Zwecke kann jedoch der Bundesindex genommen werden. Er gilt, genau genommen, auch nicht für "die" Preisentwicklung schlechthin, sondern ist in mehreren Hinsichten spezialisiert. Er beruht auf Verbraucher-(Einzelhandels-)preisen, er umfaßt eine Auswahl von Preisen, nämlich für bestimmte, wenn auch zahlreiche Waren und Dienstleistungen, und er verrechnet diese zum Index nach einem bestimmten Mengen-Verhältnis-Schema (dem sogenannten "Warenkorb"), das durch Erhebungen des Verbrauchs bestimmter Haushaltstypen - hier: 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit 750 DM

(1962) Einkommen des als einziger verdienenden Haushaltsvorstandes - ermittelt wurde.

Diese beiden Statistiken können gut miteinander kombiniert werden, weil sie auf einen sehr ähnlichen Personenkreis eingestellt sind.

Stundenverdienst der Industriearbeiter (alle Männer)
und Preisindex für die Lebenshaltung
jährliche Zunahmen in % gegenüber dem Vorjahr

Jahr	Brutto- Stundenverdienst	Lebenshaltungsindex	Quotient der Zunahmen ¹
1956	6,1	1,8	4,2
1957	10,5	2,7	7,6
1958	6,9	2,6	4,2
1959	7,3	1,7	5,5
1960	9,0	1,7	7,2
1961	10,0	2,2	7,6
1962	12,2	3,1	8,8
1963	5,9	3,0	2,8
1964	13,7	2,3	11,1
1965	8,8	3,4	5,2
1966	5,3	3,5	1,7
1967	2,6	1,4	1,2
1968	4,9	1,5	3,3
1969	12,8	2,8	9,7
1970	16,2	3,7	12,1
1971	10,9	5,4	5,2
1972	10,5	5,8	4,4

1) Für die Rechnung wurden die vollen Meßzahlen verwendet, während in der Tabelle wegen der leichteren Überschaubarkeit nur die Zunahmen, also die Spitzen über der Basis 100, aufgeführt sind.
Rechengang am Beispiel der ersten Zeile:

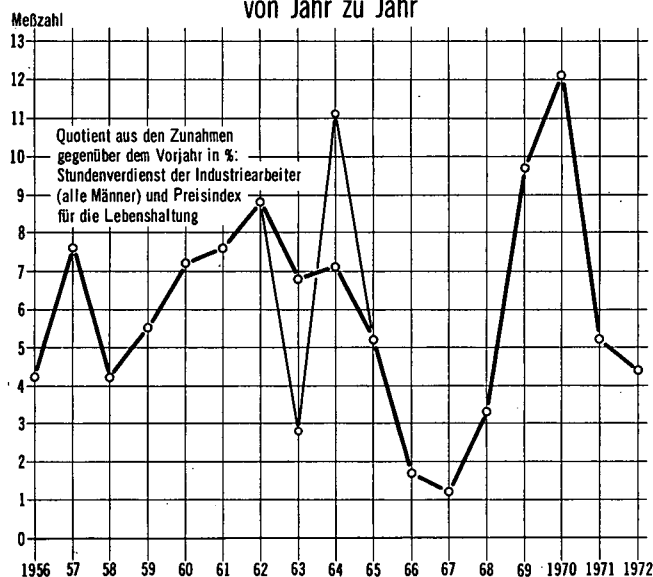
$$106,1 : 101,8 = 1,042 \times 100 = 104,2$$

Gegenüber der einfachen Differenz der Zunahmen, die etwas größere Werte ergibt, hat der Quotient die Eigenschaft, auch die Differenz nach zu deflationieren; auch das, was jemand in einem Jahr mehr als im vorigen Jahr kaufen kann, muß er zu teureren Preisen kaufen

Um alle Schwierigkeiten zu umgehen, die sich aus methodischen Umstellungen in der Statistik für die langfristige Vergleichbarkeit ergeben, wird hier eine Betrachtungsweise von Jahr zu Jahr gewählt. Die Tabelle enthält die prozentuale Zunahme jeweils von einem Jahr auf das nächste, und zwar sowohl für "die Preise" als auch für "die Verdienste". In keinem der Jahre 1956 bis 1972 stiegen die Preise mehr als die Verdienste der Industriearbeiter, die beigegefügte dritte Spalte enthält keinen negativen Wert. Die Zahlen in dieser dritten Spalte zeigen an, um wieviel mehr oder bessere Güter der durchschnittliche Arbeitnehmer kaufen konnte, nachdem sein Mehrverdienst durch höhere Preise mehr oder weniger reduziert worden war. Diese Zahlen bedeuten also den jährlichen Zuwachs an Lebensstandard, wobei hierunter lediglich Menge und Güte der konsumierten Waren und Leistungen verstanden wird und nicht etwa die "Lebensqualität".

Das Bild, aus den Werten der dritten Spalte der Tabelle gezeichnet, gibt den Verlauf unserer "Wohlstandsentwicklung" in den letzten

Die jeweilige Zunahme des Wohlstandes von Jahr zu Jahr



15 Jahren wieder. Die Kurve verläuft durchweg über der Null-Linie, es gab von keinem Jahr zum nächsten einen Rückgang. Die geringsten Zunahmen finden sich in den Jahren der Rezession 1966/67, die bisher höchsten Zunahmen im Höhepunkt der heißen Konjunktur 1969 und 1970. Die Werte für 1963 und 1964 können als untypisch gelten; sie beruhen auf einer irgendwie zustande gekommenen Verschiebung von Lohnerhöhungen vom früheren auf das spätere Jahr¹, wo sie dann nachgeholt werden und den trendgerechten Anstieg überhöhen. Die Preisentwicklung war in diesen Jahren ruhig auf mäßigem Niveau. Der im Bild gezeichnete Ausgleich deutet einen plausiblen, von zufälliger Verzerrung freien Verlauf an.

Die Rezession von 1967 ist in der "Wohlstandskurve" ganz deutlich zu erkennen, ebenso der steile Aufschwung in den Jahren danach bis zum vorläufigen Gipfel im Jahre 1970. Dieser Aufschwung war ganz überwiegend einkommensbedingt, wie ein Blick auf die erste Tabelle zeigt; die jährliche Zunahme der Preise überschritt erst 1971 und 1972 das bis dahin tolerierte Maß von 3%. Es sei noch einmal daran erinnert, daß steigende Preise die Wohlstandskurve senken, anders als etwa eine Umsatzkurve, die durch steigende Preise angehoben wird.

Das Sinken der Wohlstandskurve auf Werte um 5 für die Jahre 1971 und 1972 ist die Resultante der auf 5 - 6% gestiegenen Preisanstiegsrate bei einer auf 10 - 11% verharrenden Einkommensanstiegsrate. Die verbleibende

reale Zunahme an Konsumentenkaufkraft verdient immer noch das Prädikat "gut". Was zu Besorgnis Anlaß gibt, ist bisher nicht sie, sondern der seit Jahren wachsende Anstieg der Preissteigerungsrate, die in den ersten 3 Monaten des Jahres 1973 Werte um 7% erreicht hat. Dies wiederum war die Folge der 1969 und 1970 rapide gestiegenen Kaufkraft, der die Güterproduktion nicht ebenso schnell folgen konnte, so daß ein Nachfrageüberhang entstand, der die Preise steigen ließ.

Die Zunahme der Bruttostundenverdienste 1973 wird voraussichtlich geringer sein als in den letzten Jahren. Die Massenkaukraft bewegt sich darüberhinaus etwas anders. Es ist daran zu erinnern, daß "die Einkommen" nur mangels umfassender Nachweisungen anhand der Stundenverdienste der Industriearbeiter beobachtet werden. Es können wesentliche andere Arbeitnehmergruppen, z. B. die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, für einige Jahre einer etwas anderen Einkommensentwicklung unterliegen. Mit der Entwicklung der Massenkaukraft ist die in der ersten Tabelle gebotene Reihe aber auch deshalb nicht einfach gleichzusetzen, weil der Einfluß einer etwa wechselnden Steuerabschöpfung dabei unbeachtet blieb. Gerade dies wird 1973 in Form der Stabilitätsabgabe (Zuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer) aktuell. Aber auch ohne eine solche drastische Maßnahme bewirkt die unserem Lohnsteuersystem eigene Progression, daß das verfügbare Einkommen geringer wächst als die Bruttoverdienste, von denen hier die Rede ist. Insofern sind die hier ausgewiesenen Zunahmen des Wohlstandes alle tendenziell zu hoch.

Im folgenden soll näher untersucht werden, wie sich die Verdienste in Industrie und Handel im einzelnen entwickelt haben.

Der in der Tabelle ausgewiesene Bruttostundenverdienst im Durchschnitt aller männlichen Industriearbeiter ist vom Oktober 1968 bis zum Oktober 1972, also im Laufe von

Brutto-Stundenverdienste der Industriearbeiter

	Oktober 1968		Oktober 1972		Anstieg in %
	DM	Meßzahl	DM	Meßzahl	
Männer					
Leistungsgruppe 1	5,61	100	9,12	100	62,6
2	4,87	100	7,55	100	55,0
3	4,59	100	7,09	100	54,5
Alle	5,32	100	8,54	100	60,5
Frauen					
Leistungsgruppe 1	3,93	70,1	6,27	68,8	59,5
2	3,61	74,1	5,67	75,1	57,1
3	3,47	75,6	5,29	74,6	52,4
Alle	3,54	66,5	5,48	64,2	54,8

¹⁾ auch die Verwendung jeweils nur eines der 4 jährlichen Erhebungsmonate - Oktober - birgt die Gefahr zufälliger Verzerrungen

4 Jahren, um 61% gestiegen. Der Stundenverdienst der Frauen stieg demgegenüber nur um 55%, so daß er im Vergleich zu dem der Männer von 66,5% auf 64,2% leicht abfiel.

Aus diesen Zahlen kann nicht der Schluß gezogen werden, daß "die Frauen", also auch jede beliebige einzelne Arbeiterin, nur 64% des Verdienstes eines männlichen Kollegen nach Hause trage. Die Untergliederung in die drei Leistungsgruppen verändert das Bild erheblich: den größten Abstand von den entsprechenden Männern haben die Facharbeiterinnen mit fast 69% des Männerverdienstes (1972), dichter heran rücken die Hilfs- und angelernten Arbeiterinnen mit je 75%. Lediglich die unter den Frauen größere Zahl der geringer Qualifizierten läßt den Durchschnitt für alle Frauen auf den oben genannten niedrigen Wert abfallen (siehe die obige Beschreibung der Methode der Verdienstermittlung; jedem Durchschnitt kommt ein bestimmtes Gewicht zu).

Zwischen den durch das Geschlecht und die Leistungsgruppe gebildeten Gruppen haben sich in dem betrachteten Zeitraum die Unterschiede wieder etwas verstärkt, nachdem in früheren Perioden Tendenzen zur Einebnung der durch Leistung und Geschlecht bedingten Verdienstunterschiede festzustellen gewesen waren. In der Lohnstatistik muß man allerdings mit solchen Deutungen vorsichtig sein, denn es kann nie entschieden werden, wie weit beobachtete Verschiebungen der Lohnhöhe echt sind oder auf Gewichtsänderungen der zugrundeliegenden Massen zurückgehen, wie der oben beschriebene Effekt beim Lohnabstand der Frauen zu den Männern.

Die bisherigen Aussagen fußen auf den Bruttostundenverdiensten. Die Statistik bietet auch die Bruttowochenverdienste. Es sollte hier die Zahl genommen werden, die sich am glattesten mit den Monatsverdiensten der Angestellten vergleichen läßt. Die Wahl läßt sich so und so begründen: Mit den Monatsverdiensten haben die Wochenverdienste die Eigenschaft gemeinsam, den wirklich erhaltenen Betrag darzustellen, während die Stundenverdienste nur ein Faktor dazu sind (der andere ist die Zahl der bezahlten Stunden). Der Stundenverdienst dagegen paßt insofern besser zum Monatsgehalt, als er die kleinste, bei gegebener Qualifikation und Tätigkeit invariable Einheit der Bezahlung darstellt und einen individuellen Einfluß ausschließt, der bei Arbeitern und Angestellten sehr verschieden ist: die persönliche Arbeitszeit. Der Arbeiter kann nämlich seinen Effektivverdienst in gewissem Maße variieren, indem er länger oder kürzer arbeitet, während dies beim Angestellten in der Regel nicht der Fall ist.

Brutto-Monatsverdienste der Angestellten in der Industrie

	Oktober 1968		Oktober 1972		Anstieg in %
	DM	Meßzahl	DM	Meßzahl	
Männer					
Leistungsgruppe II	1 675	100	2 408	100	43,8
III	1 255	100	1 853	100	47,6
IV	991	100	1 500	100	51,4
V	752	100	1 189	100	58,1
Alle	1 276	100	1 905	100	49,3
Frauen					
Leistungsgruppe II
III	1 000	79,7	1 438	77,6	43,8
IV	754	76,1	1 127	75,1	49,5
V	622	82,7	953	80,2	53,2
Alle	806	63,2	1 222	64,1	51,6

Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der männlichen Angestellten ist von Oktober 1968 bis Oktober 1972 um 49% gestiegen, der der weiblichen Angestellten um 52%. Um diese Werte mit denen der Arbeiter vergleichen zu können, wurde der Handel bei der Durchschnittsberechnung herausgelassen, der bezüglich der Arbeiter gar nicht befragt wird. Im Unterschied zu den Arbeitern haben bei den Angestellten also die Frauen einen leicht höheren Verdienstanstieg zu verzeichnen. Ein anderer Unterschied ist noch ausgeprägter: Während bei den Arbeitern die Verdienstzunahme umso größer ausfiel, je höher die Qualifikation war (also Differenzierung der Leistungsgruppen) und bei den Männern höher als bei den Frauen (Differenzierung der Geschlechter), ist bei den Angestellten das Umgekehrte zu beobachten: je geringer die Qualifikation, desto stärker stieg der Verdienst, und bei den Frauen stieg er stärker als bei den Männern (also Nivellierung der Leistungsgruppen und Geschlechter). Wie die Tabelle zeigt, waren die Unterschiede in dieser Hinsicht beträchtlich: Der Verdienstanstieg der wenig qualifizierten männlichen Angestellten war mit 58% um 14 Punkte stärker als der der bestqualifizierten Kollegen. Wenn man dieses Ergebnis nicht in diesem Umfange für eine richtige Wiedergabe tatsächlicher Veränderungen halten will, ist man gezwungen, bestimmte strukturelle Veränderungen zu unterstellen. Eine strukturelle Veränderung beruht auf einer Änderung der Anteile (Gewichte) von verschiedenen hoch verdienenden Gruppen, ohne daß deren jeweils einzelne Durchschnittsverdienste sich ändern. So sind die statistischen Leistungsgruppen in Bezug auf die Qualifikation der in ihnen zusammengefaßten Angestellten nicht homogen; die Tarife, nach deren Qualifikationsstufen sich die Bezahlung im Einzelfall richtet, sind häufig feiner gegliedert als die Statistik. Wenn nun in den tariflich unterscheidbaren, in der Statistik aber zusammengefaßten Gruppen

zwischen 1968 und 1972 die oberen an Besetzungstärke zu- und die unteren abgenommen haben, dann führt diese Bewegung zu einem Steigen des Durchschnittsgehalts, das für keinen einzelnen Angestellten zutreffen muß. Es genügt, daß diese Umschichtung zu den besser bezahlten Gruppen hin im Zuge der normalen Fluktuation stattfand. Zur Erklärung der eingangs gemachten Beobachtung muß allerdings weiter angenommen werden, daß eine solche Umschichtung zu den jeweils höher dotierten Tarifgruppen hin im unteren Qualifikationsbereich ausgeprägter vorstatten ging als im oberen. Diese Annahme ist auch plausibel, weil nach oben hin eine Grenze besteht, von der eine gewisse bremsende Wirkung nach unten zwar ausgeht, sich aber je weiter desto mehr verliert.

Diese Erklärung muß nicht zutreffen, sie ist aber eine Hypothese für den Fall, daß eine Nivellierung in gezeigtem Ausmaß nicht als ganz real akzeptiert werden sollte.

Auch bei den weiblichen Angestellten zeigt sich eine deutliche Nivellierung, nur wenig schwächer als bei den Männern. In den jeweils gleichen Leistungsgruppen wiesen aber die Männer immer den stärkeren Verdienstanstieg auf, der Abstand der Frauen im Verdienstanstieg macht 2 bis 5 Punkte aus. Innerhalb der einzelnen Leistungsgruppen rückten also die Geschlechter weiter auseinander, obwohl sie sich im Ganzen einander näherten. Trotz des Rückstandes im Verdienstanstieg der weiblichen Angestellten in den einzelnen Leistungsgruppen haben die Frauen insgesamt einen um 2 Punkte höheren Verdienstanstieg als die Männer zu verzeichnen. Auch dieser scheinbare Widerspruch ist ein Struktureffekt: Unter den Frauen überwiegen die geringer

qualifizierten im Vergleich zu der Aufteilung bei den Männern so stark, daß ihr stärkerer Verdienstanstieg durchschlägt. Ihr Gesamtdurchschnitt von 1 222 DM liegt zwischen den Durchschnitten für die Leistungsgruppen III und IV, der Gesamtdurchschnitt der Männer von 1 905 DM dagegen zwischen den Werten für die Leistungsgruppen II und III. Dem weiter unten liegenden Gesamtdurchschnitt entspricht aber eine höhere Steigerungsrate. Aus dem vorliegenden Material sind also zwei gegensätzliche, in sich scheinbar richtige Aussagen möglich, nämlich "die Frauengehälter sind stärker gestiegen als die der Männer" und "sie sind schwächer gestiegen": Erst ein weiterer Grad von Genauigkeit - und entsprechender Verlust eines "Freiheitsgrades", hier an argumentativer Verwendbarkeit der Aussage - läßt diesen Widerspruch verschwinden.

Jeder Versuch, Unterschiede zu erklären, zwingt zu größerer Genauigkeit der Aussage im Hinblick auf die beteiligten Komponenten. Das sind im Falle der Verdienste die Mengenverhältnisse der im Verdienstdurchschnitt vereinigten Gruppen von Arbeitern oder Angestellten. Weiteres Verfolgen der Verästelungen würde zwar zu immer genaueren Aussagen führen, diese wären aber immer spezifischer, träfen also nur noch für kleine, nach vielen Merkmalen definierte Gruppen zu. Damit sinkt ihre allgemeine Verwendbarkeit stark und sie werden uninteressant. Im Vorstehenden wurde versucht, einen Kompromiß zwischen Genauigkeit und Verwendbarkeit der Aussagen zu finden.

Arnold Heinemann

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht N 11 enthalten.

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck "Kreise" steht vereinfachend für "Kreise und kreisfreie Städte".

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null

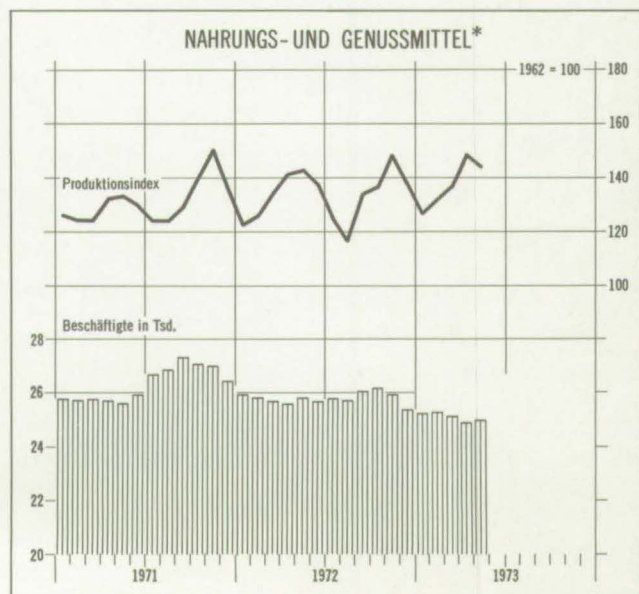
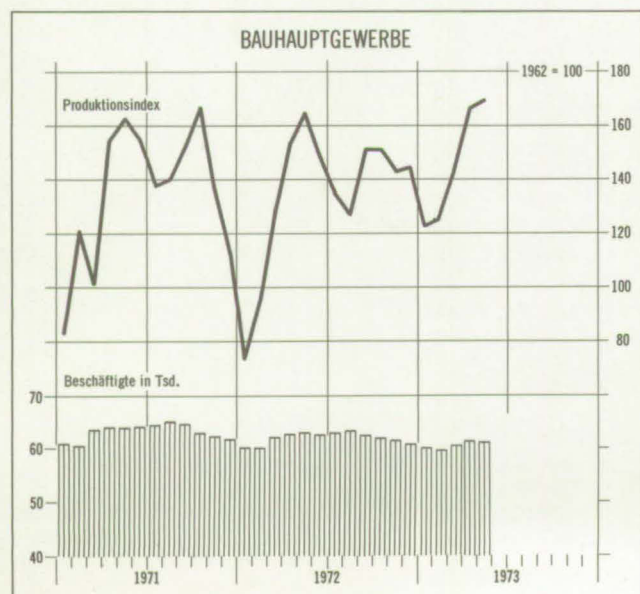
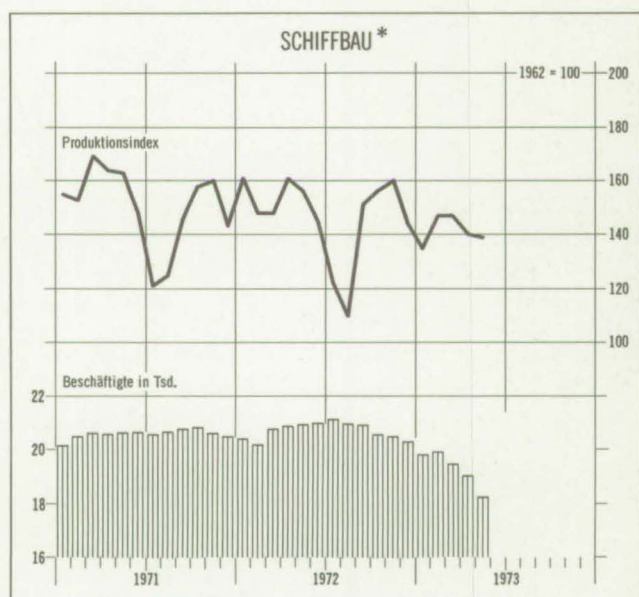
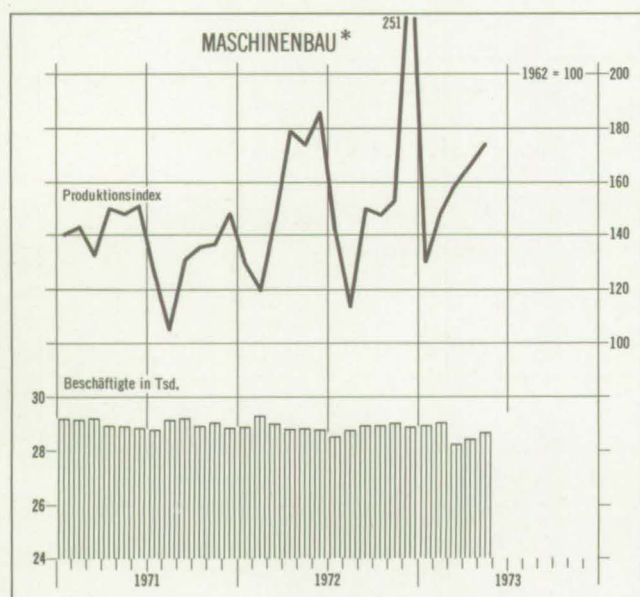
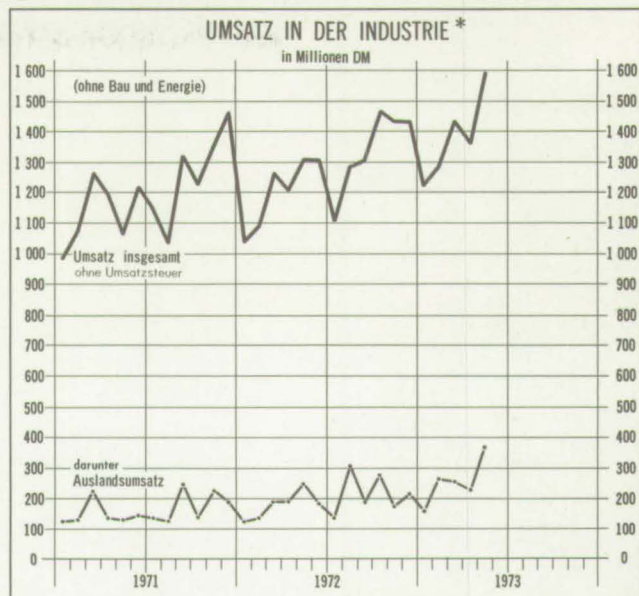
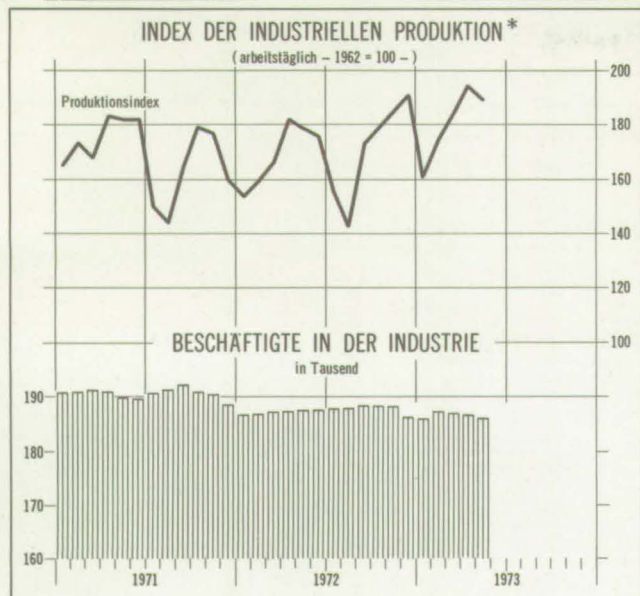
0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert unbekannt, nicht eingesetzt oder sinnlos

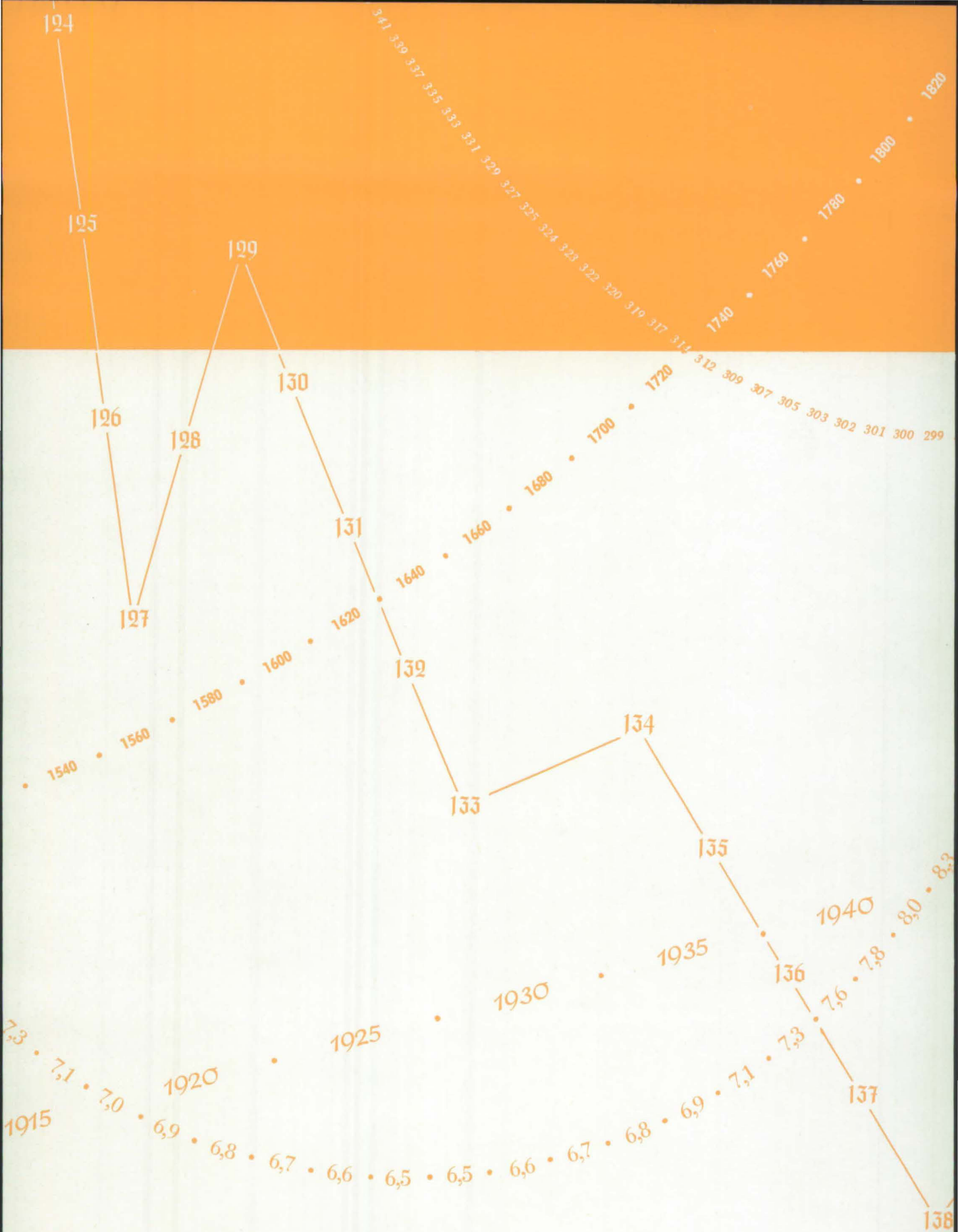
... = Zahlenwert noch nicht bekannt

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die „Wirtschaftskurven“ A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



*) Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach 11 41; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korschey

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 — Auflage: 750

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen